

02.07



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Zehn Prüfsteine für die deutsche Präsidentschaft  
Chemikalien-Kompromiss enttäuschend  
Lissabon-Prozess ökologisch blind  
EU-Energiepaket schwach**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene  
Jahrgang 16 (2007), Heft 02  
ISSN 1861-0064

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Redaktion

#### DNR Geschäftsstelle Berlin/

#### EU-Koordination und Internationales

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230, 10405  
Berlin

Juliane Grüning (jg), Markus Steigenberger  
(ms), Bjela Vossen (bv), Thomas Frisch-  
muth (tf), Marion Busch (mbu), Tinka Lutz  
(tl), Nelly Thompson (nt), Franziska Hein-  
rich (fh), Matthias Bauer (mb)  
Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80  
eMail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)  
Internet: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

#### DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)  
eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-  
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung sind  
willkommen. Die Redaktion muss sich  
Kürzung und redaktionelle Bearbeitung  
von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen  
gezeichnete Beiträge geben nicht unbe-  
dingt die Meinung der Redaktion bzw. des  
Herausgebers wieder. Redaktionsschluss  
ist jeweils der 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Gretchenfragen für die Kanzlerin

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Anfang des Jahres hätte das Kind beinahe einen russischen Namen bekommen: Drushba. Die russische Ölpipeline dominierte für einige Tage die politische Agenda und machte auch dem desinteressiertesten Bürger klar, wo derzeit die Musik spielt. Und die Deutschen hatten das Thema für ihre EU-Ratspräsidentschaft gefunden: eine europäische Energiepolitik. Aus Sicht des leicht zynischen Beobachters ist das ein schönes Thema, denn nur wenige Politikfelder bieten so viele Wens und Abers, so viele Widersprüchlichkeiten und nationale Eigenarten wie die Energiepolitik. Der Umweltschützer schwankt dagegen noch zwischen Chancen und Risiken, die eine Europäisierung des Themas mit sich bringt. Spannend wird es allemal.

Nachdem die Drushba-Trasse wieder Öl führte, folgte gleich der nächste Schlag. Die Europäische Kommission legte am 10. Januar ein „Energie-Paket“ vor, mit dem sie eine zukünftige europäische Energiepolitik initiieren will. Darin findet sich ein vielfältiger Strauß an verschiedenen Optionen: Klimaschutz? Ja, aber nur mit gebremster Kraft. Erneuerbare Energien? Auch, aber ohne konkrete Ziele für Strom und den Wärme-/Kältebereich. Atomkraft? Klar, ohne ginge es schon wegen der Franzosen nicht. Saubere Kohle? Gilt sowieso als Zukunftstechnologie. Ein bunter Mix also, den die europäischen Umweltverbände einhellig als schwach und wenig zukunftsfähig kritisierten. Mehr darüber in der Rubrik Klima/Energie in diesem Heft.

Wie widersprüchlich das Thema „Europäische Energie- und Klimapolitik“ ist, zeigt das Beispiel der deutschen Regierung in den Diskussionen der letzten Monate. Bei den Klimazielen war sie stark und forderte minus 30 Prozent CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020. Auch Erneuerbare Energien liegen ihr am Herzen - so soll Deutschland sogar als einziger Mitgliedstaat spezifische Sektorziele für Strom und Wärme gefordert haben. Dagegen erschien der Bundesregierung die Entflechtung der nationalen Energiemärkte, um die Oligopole der großen Konzerne zu brechen, als viel zu weitgehend. Und bei der Diskussion über eine Begrenzung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Pkw steht sie ganz kräftig auf der Bremse.

Nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Europäischen Parlament ihr Programm für die nächsten sechs Monate vorgestellt hatte, warnte der Fraktionschef der EU-Sozialdemokraten, Martin Schulz, sie davor, die deutsche Ratspräsidentschaft dazu zu nutzen, innenpolitische Schwierigkeiten zu überwinden. Die deutsche Regierung dürfe nicht, so Schulz, die europäische Energiepolitik als Argument nehmen, um den deutschen Ausstieg aus der Atomenergie zu untergraben. Angela Merkel ging darauf nicht ein.

Der Sozialdemokrat hat damit aber ein interessantes Stichwort gegeben - die Instrumentalisierung der EU zum Zwecke nationaler Interessen. Ein Spiel, das Politiker aus Mitgliedstaaten immer wieder gern und mit zunehmendem Geschick spielen. Es gibt zwei Varianten. Bei der ersten nutzt der nationale Politiker die mangelnde Aufmerksamkeit der Medien und der Bürger für die europäische Politik aus, um dort Inhalte durchzusetzen, die zu Hause im eigenen Land als sehr unpopulär gelten. Hat er einmal eine europäische Vorschrift erreicht, so bleibt auf nationaler Ebene nichts anderes übrig als diese umzusetzen - da mögen Opposition und Bürger zetern wie sie wollen. In diese Kategorie fällt Martin Schulz' Warnung an Angela Merkel. Die zweite Variante ist noch platter. Neudeutsch heißt sie „blame game“ und die Regeln sind ganz simpel: Was immer in der Politik schief läuft, kommt aus Brüssel. Was gelingt, wurde in Berlin gemacht.

Gerade diese zweite Variante ist besonders beliebt. Und solange das Wissen der Bevölkerung über die europäische Politik noch gering ist, funktioniert sie besonders gut. Wer weiß schon, dass Deutschland in Brüssel an sämtlichen Entscheidungen beteiligt ist und nur in den seltensten Fällen überstimmt wird? Und wer erkennt schon, ob ein Fehler tatsächlich in Brüssel gemacht wurde oder doch eher an der nationalen Umsetzung liegt? Immer deutlicher wird allerdings die mangelnde Zustimmung der Bürger/innen für die europäische Integration. Ein Schelm, wer da an einen Zusammenhang denkt.

Damit sind wir bei dem zweiten großen Thema der deutschen Ratspräsidentschaft: der europäischen Verfassung. Nachdem sie 2005 zunächst an der mangelnden Unterstützung der französischen und niederländischen Bevölkerung gescheitert

war, verspricht Angela Merkel nun einen zweiten Anlauf. Im Juni will sie einen Plan vorlegen, wie Europa doch noch zu einer Verfassung kommt - wie das genau aussehen soll, wird in den nächsten Monaten wohl noch heftig diskutiert werden. Leicht dürfte es nicht werden. Denn in Frankreich mobilisieren die sozialen Bewegungen bereits wieder die Verfassungsgegner und von niederländischen Politikern ist weitgehendes Unverständnis über solche Wiederbelebungsversuche zu vernehmen. Doch Angela Merkel hat den Erfolg ihrer Präsidentschaft mit der Verfassung untrennbar verknüpft. Ein Zurück gibt es nicht mehr.

Ob die Verfassung, die Energiepolitik oder der 50ste Geburtstag der EU im März dazu angetan sind, bei den Menschen Europas eine Begeisterung für die EU zu entfachen, mag bezweifelt werden. Ob die deutsche Regierung den hohen Erwartungen an ihre eigene Präsidentschaft, die sie selbst geweckt hat, gerecht wird, bleibt abzuwarten. Wenn es aber gelingt, das Wissen über europäische Politik in den nächsten Monaten ein kleines bisschen zu stärken, und wir somit den Politikern ihre Instrumentalisierungsspiele verleiden können, dann sind wir alle ein Stück weiter gekommen - Bürger und Politiker, hierzulande und in Brüssel.

Die dafür notwendige Aufmerksamkeit wünsche ich Ihnen - bei dieser Lektüre und beim Verfolgen der europäischen Politik in den nächsten Monaten.

Ihr  
Markus Steigenberger  
Leiter der EU-Koordination des DNR

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- EU-Energie- und Umweltpolitik: Gretchenfragen für die Kanzlerin

## 5 EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- 10 Grüne Prüfsteine für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft
- Bewertung der finnischen EU-Ratspräsidentschaft
- Vorbereitungen für G8-Gipfel auf vollen Touren

## 8 EU-Politik, Recht

- Was ist neu 2007?
- Neuwahlen im Europaparlament
- Lissabon-Prozess weiterhin ohne Umwelt  
Von Markus Steigenberger, DNR
- Århus-Konvention: Wenig ambitionierte Umsetzung
- Inkrafttreten von Richtlinien im 1. Halbjahr 2007

## 13 Abfall, Produktpolitik

- Verpackungsrichtlinie: Bilanz der EU-Kommission gemischt
- Anaerobe Klärschlamm-Behandlung

## 15 Agrarpolitik, Gentechnik

- EU-Agrarminister wollen schwächere Öko-Verordnung
- Neue Verordnung für Tiertransporte
- Einspruch im Gentechnik-Streitfall
- Genpflanzen brauchen mehr Pestizide

## 17 Chemikalien, Emissionen

- REACH- Kompromiss enttäuscht Umweltverbände
- Risiken von Organozinnverbindungen
- Studie: Reduktion von Schiffsabgasen
- Fortschritte gegen Luftverschmutzung
- IPPC: Beste verfügbare Techniken

## 20 Energie, Klima

- Widersprüchliches EU-Energiepaket
- Eurobarometer zur EU-Energiepolitik
- Energieeffizienzkriterien
- Nationale Allokationspläne: EU-Kommission mahnt Länder
- Importzoll für klimaschädliche Güter?
- EU-Kommission: Flugverkehr in Emissionshandel aufnehmen
- Klimawandel schlimmer als gedacht

## 26 Naturschutz, Biodiversität

- Agrarmittel an Artenvielfalt koppeln
- Vorbereitung auf Biodiversitätskonferenz
- EU verbietet Wildvogelimport

## 28 Verkehr, Tourismus

- Pkw-Abgasnormen Euro 5 und 6
- Bahn 23-mal sicherer als Auto
- Streit über CO<sub>2</sub>-Emissionen von Pkw

## 30 Wasser, Meere

- Erwartungen an die Gewässerschutzpolitik  
Von Michael Bender und Tobias Schäfer, Grüne Liga
- Entscheidung zur Meeresrichtlinie

## 32 Service

- Veröffentlichungen
- Ausschreibungen
- Termine
- EU-Wegweiser
- EU-Gesetzgebungsverfahren
- Das Europäische Umweltbüro (EEB)

## Sonderheft

- EUR-Sonderheft (separate Heftung): EU-Fonds für die Umwelt - Ein kritischer Leitfaden

## Dokumentation 10 Prüfsteine für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

### EEB und DNR: Bundesregierung im Öko-Test der Umweltverbände

Die 10 Grünen Prüfsteine (Ten Green Tests) der europäischen und deutschen Umweltverbände benennen konkrete Handlungsmöglichkeiten für die deutsche Regierung während ihrer EU-Ratspräsidentschaft. Sie beziehen sich ausschließlich auf aktuell laufende europäische Gesetzgebungsprozesse. Ende Juni werden das Europäische Umweltbüro (EEB) und der Deutsche Naturschutzring (DNR) die Arbeit der deutschen Regierung anhand dieser 10 Prüfsteine bewerten.

#### 1. Zukunftsfähige Energiepolitik

Im Rahmen der anstehenden Debatte um eine europäische Energiepolitik sollte sich die Bundesregierung dafür stark machen, dass die EU

- konkrete Schritte einleitet, um die Umsetzung des Aktionsplans Energieeffizienz zu beschleunigen; der Fokus sollte dabei auf Standards und marktwirtschaftlichen Instrumenten liegen;
- sich verbindlichen Zielen für den Ausbau der erneuerbaren Energieträger bei der Primärenergieproduktion verpflichtet: 35 Prozent Anteil an der Stromproduktion und 25 Prozent im Bereich Wärme und Kälte bis 2020;
- den Ausbau von Biokraftstoffen nicht forciert, sondern stattdessen strikte Umweltstandards, wie etwa ein umfassendes und verpflichtendes Zertifizierungssystem, einführt;
- die Atomkraft nicht wieder salonfähig macht.

#### 2. Ambitionierter Klimaschutz

Im Bereich Klimaschutz muss die Bundesregierung

- auf dem EU-Frühjahrgipfel ein europäisches Reduktionsziel für Treibhausgase von 30 Prozent bis 2020 (Basisjahr 1990) erreichen;
- sicherstellen, dass der Flugverkehr in den Emissionshandel einbezogen wird; das Abkommen sollte die Teilnahme zur Pflicht machen, den größtmöglichen Geltungsbereich vorschreiben und zentrale Mechanismen für Obergrenzen und Allokation vorsehen;
- mit wichtigen Entwicklungs- und Industrieländern die Diskussionen über die Fortführung der UN-Klimaverhandlungen

in Bonn (Mai) und auf Bali (November) fortsetzen und vertiefen.

#### 3. Überprüfung des Sechsten EU-Umweltaktionsprogramms (6. UAP)

Zur Hälfte der Laufzeit des 6. UAP (2002-2012) sollte die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass die EU:

- ehrlich und gründlich überprüft, wie das 6. UAP in den ersten fünf Jahren umgesetzt wurde;
- die führende und koordinierende Rolle der EU in der globalen Umweltpolitik bestätigt;
- die zentrale Rolle anerkennt, die Gesetze mit klaren und einklagbaren Umweltzielen spielen, und die Bedeutung finanzieller Instrumente für die Steuerung von Konsum- und Verhaltensmustern betont;
- verstärkt umweltpolitische Ziele in sektorale Politikbereiche integriert.

#### 4. Vernünftiger Bürokratieabbau („better regulation“)

Bei den Bemühungen, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen in der EU zu reduzieren, muss sichergestellt werden, dass

- der Bürokratieabbau dem Ziel eines besseren Umweltschutzes dient;
- jegliche politische Vereinbarung vermieden wird, die den existierenden Schutz der Umwelt verringert oder die Fähigkeit der EU, die umweltpolitischen Leistungen von Behörden oder anderen gesellschaftlichen Einrichtungen zu überprüfen, einschränken könnte;
- die Folgenabschätzungen (impact assessment) sowohl umwelt- und gesundheitspolitische Aspekte - seien sie positiv oder negativ - als auch die Kosten des Nichtstuns beinhalten;
- die Möglichkeiten der EU-Kommission zur Überprüfung und Kontrolle der Durchführung europäischer Gesetze gestärkt und Beschwerdeführer besser einbezogen werden.

#### 5. Sauberer Verkehr

Um die negativen Auswirkungen des Verkehrssektors für die Atemluft und das Klima zu verringern, muss die Bundesregierung

- rechtlich verbindliche CO<sub>2</sub>-Emissionsgrenzwerte für Pkw unterstützen: 120 g/km bis zum Jahr 2012 und 80 g/km bis 2016;
- die EU-Kommission überzeugen, endlich einen anspruchsvollen Vorschlag ▼ für die Euro-VI-Norm für Busse und Lkw vorzulegen.

#### 6. Saubere Luft: Feinstaub reduzieren

In der Debatte um Feinstaub sollte die Bundesregierung ein abschließendes Ergebnis erzielen, das die Position des EU-Ministerrates nicht verwässert, sondern die Richtlinie stärkt. Sie muss dafür sorgen, dass

- jede Gelegenheit genutzt wird die vorgeschlagenen Grenzwerte für PM<sub>2,5</sub> zu stärken, sodass sie mit den Empfehlungen der WHO übereinstimmen;
- eine weitere Schwächung der vorgeschlagenen Regelung über die zeitlichen Aufschübe - so wie es das Parlament gefordert hat - sowie weitere regionale Ausnahmen von Grenzwerten verhindert werden;
- die existierenden Werte für PM<sub>10</sub> und NO<sub>2</sub> erhalten bleiben;
- spezifische Ausnahmen für die Industrie von ihren Verpflichtungen nach der IPPC-Richtlinie<sup>1</sup> zurückgewiesen werden.

#### 7. Verbesserung der Abfallrahmenrichtlinie

Bei der Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie sollte die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass die EU

- die Abfall-Hierarchie als verbindliche Grundsatzregel beibehält;
- weiterhin verbindliche nationale Abfallvermeidungsprogramme vorschreibt, gleichzeitig aber europäische Ziele für Vermeidung (Stabilisierung bis 2012) und Recycling (70 % bis 2020) einführt sowie eine Richtlinie für das Recycling von Bioabfällen erlässt;
- jegliche Verbrennung oder Deponierung bis zum Jahr 2020 einstellt, wenn es Alternativen (Wiederverwertung, Recycling oder Kompostierung) gibt, eine verpflichtende Vorbehandlung aller Abfälle einführt, um bis 2015 die maximalen Recyclingquotenziele auszuschöpfen, und ein langfristige Strategie für Restabfälle entwickelt;
- Abfallverbrennungsanlagen nicht als Wiederverwertungsanlagen mit dem Argument der Energieeffizienz umklassifiziert.

#### 8. Bodenschutz und Landwirtschaft

Im Bereich Bodenschutz und Landwirtschaft sollte die Bundesregierung

- die thematische Strategie für Bodenschutz ganz oben auf die Agenda setzen und sicherstellen, dass der Ministerrat breite Unterstützung für eine Rahmen-

<sup>1</sup> Richtlinie 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung

richtlinie gibt, die sowohl langfristige Ziele für bestimmte Bodenprobleme als auch mittelfristige Ziele für die konkrete Umsetzung benennt;

- jegliche Abschwächung der Cross-Compliance-Anforderungen<sup>1</sup> der Gemeinsamen Agrarpolitik ablehnen;
- die Einbeziehung von Grenzwerten für genetisch veränderte Organismen in die neue Verordnung zu biologischer Landwirtschaft rigoros ablehnen.

### 9. Marktmechanismen für ökologische Innovationen nutzen

Die Bundesregierung sollte im Rahmen einer ökologischen Innovationspolitik

- die Initiative ergreifen, mit der offenen Methode der Koordinierung eine Verschiebung der Steuerlast von Arbeit auf Umweltnutzung zu erreichen; dabei sollten sich die Mitgliedstaaten ein Ziel von 10 Prozent in den nächsten 10 Jahren setzen, und die Kommission sollte diesen Prozess mit einem Monitoring und regelmäßiger Berichterstattung unterstützen;

- ein starkes Mandat für die EU-Kommission unterstützen, sodass diese konkrete Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen kann, die auf dem Verursacherprinzip basieren und mit Hilfe marktwirtschaftlicher Mechanismen externe Kosten internalisieren.

### 10. Nutzung von Quecksilber beenden

Im Bereich Quecksilber sollte die Bundesregierung

- sich bei der anstehenden Sitzung des UNEP Governing Council im Namen der EU für ein verbindliches globales Instrument stark machen, das darauf abzielt, den Gebrauch von Quecksilber um 70 Prozent bis 2017 zu reduzieren;
- sich für ein EU-weites Exportverbot ab dem Jahr 2008 für metallhaltiges Quecksilber, quecksilberhaltige Verbindungen sowie Produkte, die Quecksilber enthalten, einsetzen;
- gemeinsam mit den EU-Partnern die Werbung für und die Nutzung von Quecksilber in sämtlichen Instrumenten sowohl im Alltags- als auch im professionellen Gebrauch verbieten; kurzzeitige Ausnahmen sollten nur möglich sein, wenn keine Alternative vorhanden ist.

■

<sup>1</sup> Cross Compliance: Kopplung der Prämienzahlungen aus der EU-Agrarförderung an fachliche und ökologische Standards.

#### Umweltpolitisches Memorandum für die deutsche Ratspräsidentschaft

Das ausführliche umweltpolitische Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft (44 Seiten) können Sie als PDF-Version aus dem Internet herunterladen oder als Druckversion bei der EU-Koordination des DNR bestellen. Darin enthalten sind die zehn „Grünen Prüfsteine“ und Forderungen an die unterschiedlichen EU-Ministerratsformationen.

PDF-Download (289 kB):  
[www.eu-koordination.de/PDF/EEB\\_Memorandum.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/EEB_Memorandum.pdf)

Druckexemplar-Bezug:  
 Deutscher Naturschutzring, EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
 Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
 eMail: eu-info@dnr.de

#### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), John Hontelez, Generalsekretär, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
 Tel. 0032 2 / 2891091  
 eMail: hontelez@eeb.org  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

Deutscher Naturschutzring (DNR), Markus Steigenberger, Leiter EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
 Tel. 030 / 443391-86, Fax -80  
 mobil: 0160 / 90544817  
 eMail: markus.steigenberger@dnr.de  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

## Bewertung der finnischen EU-Ratspräsidentschaft

### Europäisches Umweltbüro: Keine großen Erfolge, teilweise Rückschritte

„In einigen Gebieten gute, aber nicht spektakuläre und teilweise sogar negative Ergebnisse.“ So beurteilt EEB-Generalsekretär John Hontelez die finnischen Leistungen im Hinblick auf die an jede neue Ratspräsidentschaft herangetragenen Forderungen im Umweltbereich. Das Europäische Umweltbüro (EEB), ein Zusammenschluss der europäischen Umweltverbände, bewertet traditionell die umweltpolitischen Erfolge eines Mitgliedstaates beim EU-Vorsitz anhand von 10 „Grünen Prüfsteinen“ (siehe Tabelle sowie auch den vorhergehenden Beitrag).

Der finnische Premierminister Matti Vanhanen hatte Mitte Dezember bei einer außerordentlichen Sitzung des EU-Parlaments in Brüssel eine erste Bilanz zur finnischen Ratspräsidentschaft gezogen. Auf die finnische Ratspräsidentschaft zurückblickend sagte Vanhanen, diese habe im Zeichen der Einheit der EU gestanden, wie die Reaktion Europas auf den Libanonkrieg, aber auch der Dialog mit Russland gezeigt habe. Auch verschiedene Abgeordnete reagierten auf das Resümee. Am umstrittensten war als politisches Ergebnis der Amtszeit die EU-Chemikalienverordnung REACH. Während der CDU-Abgeordnete Hans-Gert Pöttering bei REACH von einem „Erfolg“ sprach, der mit dem „guten Willen“ des Ratsvorsitzes erreicht worden sei, kritisierte die PDS-Abgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann, dass REACH und die Dienstleistungsrichtlinie „fürwahr keine Meisterwerke“ seien.

### „Frustrierende Langsamkeit“ der EU-Institutionen, hausgemachte Probleme

Die Bewertung des EEB fiel noch deutlicher und detaillierter aus als die Kritik der Abgeordneten. Die finnische Präsidentschaft sei mit viel Ehrgeiz in die Amtszeit gestartet - und unter anderem an der frustrierenden Langsamkeit der EU-Institutionen gescheitert. So habe die EU-Kommission zur Klimaschutzpolitik nach 2012, zur Überprüfung des 6. Umweltaktionsprogramms oder zu marktbasierenden Instrumenten nichts vorgelegt; das EU-Parlament habe die erste Lesung ▼ zur Abfallrahmenrichtlinie verschoben. In den Ministerräten - so kritisierte das EEB - gebe es die Tendenz, bestehende Gesetze abzuschächeln. Aber auch hausgemachte Probleme - wie

EEB-Bewertungen im Überblick	
Thema	Urteil
Ein starkes REACH, Verbot gefährlicher Chemikalien	gemischt
Neue Impulse für die Umweltpolitik	neutral
Klimawandel	negativ
Verbesserung der Abfallrahmenrichtlinie	unterm Strich negativ
Stopp des Biodiversitätsverlustes und Schutz der Meere	gemischt
Luftreinhaltung	unterm Strich negativ
Schutz des Grundwassers	positiv
Thematische Strategie zur Ressourceneffizienz	negativ
Förderung des Ökolandbaus, Schutz vor Gentechnik-Kontamination	unterm Strich negativ
Russland: Förderung von Umweltschutz und Zivilgesellschaft	unterm Strich positiv

die Bevorzugung von Torf bei der Energieerzeugung - hätten Finnland daran gehindert, in der Umweltpolitik eine führende Rolle zu übernehmen.

**Lob für Grundwasserschutz, Kritik an REACH und Klimaschutz-Misserfolg**

Zwar habe es einige Erfolge in der „Neuen Generation von Umweltgesetzen“, dem Grundwasserschutz und der EU-Russland-Kooperation zum Umweltschutz gegeben. Die EU-Chemikalienverordnung REACH allerdings sei durch den erreichten Kompromiss nicht mehr wirksam genug, um Umwelt und Gesundheit adäquat vor gefährlichen Chemikalien zu schützen. Die größte Enttäuschung im Klimabereich war aus EEB-Sicht der Mangel an politischer Führungsstärke auf dem Klimagipfel in Nairobi. Finnland sei „sehr abgeneigt“ erschienen, für die EU mittelfristige Emissionsreduktionsziele durchzusetzen. Dies sei ein eklatanter Widerspruch zu den bilateralen Verhandlungen mit China und Indien bzw. zu der gemeinsamen Erklärung

am Ende des ASEM-Gipfels gewesen, so das EEB.

**Bessere Rechtsetzung als Basis für Verschlechterung im Umweltbereich**

Die Ratsdiskussionen im Bereich Abfall und Luftqualität sieht das EEB als deutliches Beispiel dafür, wie Forderungen für eine „bessere Rechtsetzung“ unter wirtschaftlichem Druck zur Verwässerung im Hinblick auf Umwelt und Gesundheit führen. Hier sei es zu einer Verschlechterung der bestehenden Gesetzgebung gekommen. Die schlechte Bewertung dieser beiden Themen sei allerdings nicht nur Finnland zuzuschreiben, alle Mitgliedstaaten trügen hierfür die Verantwortung. (jg) ■

● **Weitere Informationen**

Europäisches Umweltbüro/European Environmental Bureau (EEB), John Hontelez, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: hontelez@eeb.org

Bewertung der finnischen Präsidentschaft (engl., PDF, 12 S., 110 kB)  
www.eeb.org/publication/FI-Assessment-191206.pdf

**Vorbereitungen für G8-Gipfel auf vollen Touren**

**Zwölf Kilometer langer Zaun soll Staatschefs schützen**

Mitte Januar haben die Bauarbeiten für einen 12 km langen und 2,50 Meter hohen Metallzaun begonnen, der das Ostseebad Heiligendamm bzw. das Tagungszentrum der G8-Regierungschefs im Juni 2007 schützen soll. Eingebaut werden sollen umfangreiche Sicherheitstechnik sowie zwei Kontrollstellen. Nach dem G8-Gipfel wird der Zaun wieder abgerissen. Abgerissen wurde auch eine (auffällige) Villa, die dem geplanten „Kamerastandort“ im Weg stand. Die Villa soll nach Ende des Gipfels wieder aufgebaut werden. Außerdem werden Strandzugänge neu gestaltet und der Strand auf 2.000 Metern Länge aufgespült - obwohl mit einer Benutzung kaum gerechnet wird.

**Hotelzimmer bereits ausgebucht**

Im benachbarten Ostseebad Kühlungsborn wird sich das Medienzentrum befinden. Hier ergeben sich auch Auswirkungen auf den Hafenbetrieb, da dort ein großer Teil der Wasserfahrzeuge von Bundesgrenzschutz, Wasserschutzpolizei und GSG 9 stationiert sein wird. Der Hafen soll in der Woche vom 4. bis 9. Juni eingezäunt und für jeden Publikumsverkehr gesperrt werden.

Hotels und Pensionen in einem Umkreis von etwa 30 Kilometern um den Gipfelort sind bereits vollständig für Delegationen, Begleitschutz- und Sicherheitspersonal sowie das Bundespresseamt ausgebucht.

**„Choreographie des Widerstands“**

Unter dem Titel „Choreographie des Widerstands“ haben die G8-Gegner/innen den Stand ihrer Planungen übersichtlich zusammengefasst. Auch hier laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. (jg) ■

● **Weitere Informationen**

Quellen:  
www.g8-deutschland-hotel.de  
www.gipfelsoli.org/rcms\_repos/mages/19/G8\_Choreografie.gif

NGO-Plattform:  
www.g8-germany.info

G8-Seite der Bundesregierung:  
www.g-8.de

## Was ist neu 2007?

### Neuer wirtschaftspolitischer Wind in der EU?

Pünktlich zum Jahreswechsel hat sich die offizielle Internetseite der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gefüllt. Unter [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de) finden sich Arbeitsprogramm, Termine, Pressemeldungen und Hintergrundinformationen. Inwiefern die deutsche Regierung in der „Troika der Präsidentschaften“ mit dem Vorgänger Portugal und dem Nachfolger Slowenien umweltpolitisch glänzen kann, wird sich aber erst noch zeigen müssen. Ihr erster Amtsbesuch führte Angela Merkel jedenfalls in die USA und nicht nach Brüssel. Das Gespräch mit US-Präsident George W. Bush hatte die bessere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der EU mit den Vereinigten Staaten zum Thema.

### Neue Stimmverteilung im Ministerrat

Seit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien am 1. Januar 2007 gelten andere Stimmverteilungen im Rat (siehe Tabelle). Die meisten Beschlüsse im Rat werden aber immer noch mit „qualifizierter Mehrheit“ gefasst. Seit Januar 2007 gilt eine qualifizierte Mehrheit als erreicht, wenn

- mindestens 255 befürwortende Stimmen von 345 möglichen Stimmen (etwa 74 %) abgegeben werden;
- die Mehrheit der Mitgliedstaaten (in einigen Fällen eine Zweidrittelmehrheit) zustimmt;
- die befürwortenden Stimmen mindestens 62 % der Gesamtbevölkerung der EU vertreten (mindestens 306 Millionen von insgesamt 493 Mio).

### Slowenien 13. Mitglied der Euro-Zone

Umweltverbände in Slowenien können ab sofort mit Euro unterstützt werden: dort wurde am 1. Januar die neue Währung eingeführt. Zypern und Malta planen die Euro-Einführung zum 1. Januar 2008, die Slowakei will ein Jahr später folgen.

### Europäisches Parlament jetzt mit 785 Mitgliedern

Mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens hat sich die Anzahl der Europaparlamentarier/innen von 732 auf 785 erhöht. Bei den nächsten Europawahlen 2009 werden die Zahlen wieder neu verteilt: danach sollen es insgesamt 736 Abgeordnete sein. Bulgarien ist übrigens der einzige Staat, der der EU beigetreten ist, ohne Schutzgebiete im Rahmen von „Natura 2000“ zu melden.

### Institutionelle Veränderungen ab dem 1. Januar 2007 bei der Stimmverteilung im EU-Ministerrat und im Parlament

EU-Mitgliedstaat	Stimmen im Rat	MdEP bis 2009	MdEP 2009-2014
Deutschland	29	99	99
Frankreich	29	78	72
Großbritannien	29	78	72
Italien	29	78	72
Spanien	27	54	50
Polen	27	54	50
Rumänien	14	35	33
Niederlande	13	27	25
Griechenland	12	24	22
Portugal	12	24	22
Belgien	12	24	22
Tschechien	12	24	22
Ungarn	12	24	22
Schweden	10	19	18
Österreich	10	18	17
Bulgarien	10	18	17
Dänemark	7	14	13
Slowakei	7	14	13
Finnland	7	14	13
Irland	7	13	12
Litauen	7	13	12
Lettland	4	9	8
Slowenien	4	7	7
Estland	4	6	6
Zypern	4	6	6
Luxemburg	4	6	6
Malta	3	5	5
<b>Summe</b>	<b>345</b>	<b>785</b>	<b>736</b>
	Nötige Stimmzahl für Annahme eines Gesetzes: 255 (~74 %)	Nötige Stimmen für Annahme in zweiter Lesung: 393 (>50 %)	Nötige Stimmen für Annahme in zweiter Lesung: 369 (>50 %)

(EEB/jg)

### Drei neue Amtssprachen

Neben Rumänisch und Bulgarisch ist als neue EU-Amtssprache auch gälisch hinzugekommen. Insgesamt gelten nun 23 Sprachen als Amtssprachen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quellen:

[www.consilium.europa.eu/cms3\\_applications/applications/newsroom/LoadDocument.asp?directory=en/misc/&filename=92363.pdf](http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/applications/newsroom/LoadDocument.asp?directory=en/misc/&filename=92363.pdf)

Alle EU-Parlamentarier/innen im Überblick (sortiert nach Ländern): [www.europarl.europa.eu/members/public/geoSearch/search.do](http://www.europarl.europa.eu/members/public/geoSearch/search.do)

## Neuwahlen im Europaparlament

### Präsidentenwahl: Hans-Gerd Pöttering mit großer Mehrheit gewählt

Mit 450 Stimmen ist Hans-Gerd Pöttering (61, CDU) am 16. Januar wie erwartet als neuer EU-Parlamentspräsident gewählt worden. Er löst Josep Borell Fontelles aus Spanien ab. Die großen Fraktionen im Europäischen Parlament (EP) hatten sich nach den Europawahlen 2004 darauf geeinigt, nach der Hälfte der Zeit zu wechseln.

Auch aus anderen Fraktionen hatten sich Kandidat/innen für das Amt des Parlamentspräsidenten zur Wahl gestellt. Sie erzielten folgende Ergebnisse:

- Hans-Gert Pöttering (Europäische Volkspartei): 450 Stimmen
- Monica Frassoni (Grüne/Freie Europäische Allianz): 145 Stimmen
- Francis Wurtz (Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke): 48 Stimmen
- Jens-Peter Bonde (Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie): 46 Stimmen.

### Wahl der Vize-Präsident/innen

Nach der Wahl des EP-Präsidenten wurden auch die 14 Vize-Präsident/innen neu oder wieder gewählt. Für die vierzehn Posten gab es vierzehn Kandidaten - deshalb wurden sie als gesamte Gruppe per Akklamation bestätigt. Danach folgte die geheime Wahl, um über die Rangfolge abzustimmen.

Die Deutschen Dagmar Roth Behrendt (PES<sup>1</sup> bzw. SPD), Ingo Friedrich (EEP-ED bzw. CDU) und Sylvia-Yvonne Kaufmann (EUL/NGL bzw. PDS) sind nicht mehr Vizepräsidenten. Neben dem Präsidenten Hans-Gerd Pöttering (CDU) ist als Deutsche mit Präsidentschaftsstatus nur noch Mechtild Rothe (SPD) vertreten.

Das Gesamtergebnis der Vizepräsidenten-Wahlen mit der jeweiligen Stimmzahl:

- Rodi Kratsa-Tsagaropoulou (EEP-ED-Fraktion, Griechenland): 322 Stimmen
- Alejo Vidal-Quadras (EEP-ED, Spanien): 300\*
- Gérard Onesta (Greens-EFA, Frankreich): 285\*

<sup>1</sup> Parlamentsfraktionen: Siehe Tabelle.

\* Wiedergewählt.

### Die acht Fraktionen im Europäischen Parlament

- EEP-ED<sup>3</sup> (35 %): Fraktion der Europäischen Volkspartei/Christdemokraten und europäischer Demokraten - „Konservative“
- PES (28 %): Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament - „Sozialdemokraten“
- ALDE (14 %): Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa - „Liberaler“
- UEN (6 %): Fraktion Union für das Europa der Nationen - „Euroskeptiker“
- Greens-EFA (5 %): Fraktion der Grünen/ Freie Europäische Allianz - „Grüne“
- EUL/NGL (5 %): Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke - „Linke“
- EDD (3 %): Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie - „Europakritiker“
- ITS (3 %): Fraktion Identität, Tradition, Souveränität - „Rechtsextreme“ (siehe S. 12)

- Edward McMillan-Scott (EEP-ED, Großbritannien): 274\*
- Mario Mauro (EEP-ED, Italien): 262\*
- Miguel Angel Martínez Martínez (SPE, Spanien): 260
- Luigi Cocilovo (ALDE, Italien): 234
- Mechtild Rothe (SPE, Deutschland): 217
- Luisa Morgantini (EUL/NGL, Italien): 207
- Pierre Moscovici (SPE, Frankreich): 207\*
- Manuel António Dos Santos (PES, Portugal): 193\*
- Diana Wallis (ALDE, Großbritannien): 192
- Marek Siwiec (PES, Polen): 180
- Adam Bielan (UEN, Polen): 128 Stimmen.

### Quästorenwahl

Außerdem wurden sechs Quästoren gewählt. Auch hier gab es so viele Kandidaten wie zu besetzende Posten (Wahl per Akklamation, anschließend geheime Wahl für die Rangfolge). Quästoren sind in beratender Funktion für Finanz- und Verwal-

<sup>3</sup> Hier werden die englischen Abkürzungen verwendet, die im Parlament allgemein gebräuchlich sind.

\* Wiedergewählt.

tungsfragen zuständig, die die EU-Abgeordneten direkt betreffen.

Die Deutsche Godelieve Quisthoudt-Rowohl (EEP-ED) stellte sich nicht wieder zur Wahl. Ingo Friedrich (EEP-ED) wurde als einziger Deutscher gewählt.

Ergebnis der Quästoren-Wahl mit Stimmzahl:

- James Nicolson (EEP-ED, Großbritannien): 334\*
- Astrid Lulling (EEP-ED, Luxemburg): 298\*
- Mia De Vits (PES, Belgien): 285\*
- Ingo Friedrich (EEP-ED): 280
- Szabolcs Fazakas (PES, Ungarn): 267
- Jan Mulder (ALDE, Niederlande): 265. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Rue Wiertz, B-1047 Brüssel  
Tel. 00322-28421111, Fax -2306933  
[www.europarl.europa.eu/news/public/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/public/default_de.htm)

## Lissabon-Prozess weiterhin ohne Umwelt

Von Markus Steigenberger, DNR, EU-Koordination

### Keine Integration der Nachhaltigkeitsstrategie

Der Zwischenbericht über die bisherigen Erfolge der Lissabon-Strategie, den die EU-Kommission Ende des letzten Jahres veröffentlicht hat, lässt fast jeglichen Bezug zu Umweltthemen vermissen. Damit hat die Kommission die Vorgabe des EU-Minister-rats, die Nachhaltigkeitsstrategie in die Lissabon-Strategie zu integrieren, nicht umgesetzt. Die Lissabon-Strategie verfolgt das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken.

### Erste Bewertungsrunde mit Tipps zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Bei der Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie im Jahr 2005 hatte der Ministerrat beschlossen, der bis dahin schleppend vorankommenden Strategie neuen Schwung zu geben. Unter anderem sollten Nachhaltigkeitsaspekte in Zukunft eine stärkere Rolle spielen. Auch wurde das Berichtswesen intensiviert. So hat mittlerweile jeder Mitgliedstaat einen nationalen Implementierungsplan zur Umsetzung der Strategie vorgelegt, dessen Fortschritte jährlich von der Kommission bewertet werden. Die erste Bewertungsrunde fand im Dezember 2006 statt. Dabei veröffentlichte die Kommission neben einer allgemeinen Beurteilung auch eine Bewertung der nationalen Berichte, die die Mitgliedstaaten im November eingereicht hatten. In der Bewertung gibt die Kommission gibt den einzelnen Mitgliedstaaten konkrete Tipps, wie sie die Wettbewerbsfähigkeit stärken sollen.

### Deutscher Bericht lässt Konkretes vermissen

Von einer Integration von Nachhaltigkeitsthemen kann in diesem Bericht allerdings keine Rede sein. Zwar gelten die Themen Energie und ökologische Innovationen als Schlüsselbereiche. Die Kommission widmet ihnen aber in ihrem Bericht nur wenige Zeilen. Allerdings geben die meisten nationalen Berichte ihr dazu auch keinen Anlass. Auch der deutsche Bericht nicht. Zwar erwähnt er die Themen Energie und ökologische Innovationspolitik, vergisst aber durchzudeklinieren, was damit konkret gemeint ist. So bemerkt die Kommission lediglich, dass Deutschland zwar

seine Klimaziele wohl einhalten werde, markt-orientierte Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und -diversifizierung aber schuldig bleibe.

Der Fokus des deutschen Umsetzungsplans für die Lissabon-Strategie liegt auf den sechs Themen

- Wissensgesellschaft,
- funktionierende Märkte und Wettbewerb,
- Unternehmensumfeld,
- Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen,
- ökologische Innovationen und
- Reform des Arbeitsmarktes.



### • Weitere Informationen

Bericht der EU-Kommission:  
[www.ec.europa.eu/growthandjobs/annual-report-1206\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/growthandjobs/annual-report-1206_en.htm)

Zwischenbericht Deutschland 2005:  
[www.ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/nrp/DE\\_nrp\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/nrp/DE_nrp_de.pdf)

## Århus-Konvention: Wenig ambitionierte Umsetzung

### Öffentlichkeitsrechte in Umweltfragen: Deutschland verzögert EU-Recht

Mitte Dezember sind drei Bundesgesetze in Kraft getreten, die EU-Richtlinien zur Århus-Konvention umsetzen. Die Umsetzung erfolgte in letzter Minute. Die EU-Kommission drohte bereits mit einem Vertragsverletzungsverfahren. Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU e.V.) und weitere Verbände planen deshalb, eine Beschwerde bei der EU-Kommission einzureichen, da die Gesetze weit hinter den Zielen der EU-Richtlinie zurückbleiben.

### Die Århus-Konvention

Grundlage der Gesetze ist die internationale Århus-Konvention. Sie wurde 1998 im dänischen Århus angenommen und trat 2001 in Kraft. Sie hat drei Säulen: Erstens soll den Bürgern der Zugang zu Umweltinformationen offen stehen. Zweitens soll die Öffentlichkeit an umweltrelevanten Verfahren beteiligt werden und drittens soll die Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten erhalten. Das übergeordnete Ziel des Übereinkommens ist es, einen Beitrag zum Schutz der Umwelt und zur Verbesserung der Umweltqualität zu leisten.

### Das Bundesgesetz

Das verabschiedete Gesetzespaket besteht auf dem Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz, dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz und dem Århus-Übereinkommen.

Diese Gesetze sollen die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Aufstellung bestimmter umweltbezogener Pläne einführen. Sie sollen die geltenden Bestimmungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung bei Zulassungsverfahren für Industrieanlagen und Infrastrukturmaßnahmen nach den EU-Richtlinien zur integrierten Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung und zur Umweltverträglichkeitsprüfung präzisieren (IVU- und UVP-Richtlinie). Sie eröffnen die Möglichkeit einer umweltrechtlichen Verbandsklage bei solchen Zulassungsverfahren.

### Umweltverbände wollen Beschwerde bei Kommission einreichen

Das UfU kritisiert die anspruchslose Umsetzung. Wenn überhaupt, seien lediglich zwei Drittel der Richtlinieninhalte übernommen worden. Das UfU will daher gemeinsam mit dem BUND und anderen Ende Januar ein Beschwerdeverfahren bei der

EU-Kommission eröffnen, das möglicherweise zu Nachbesserungen am deutschen Gesetzestext führt.

**Keine echte Verbandsklage möglich**

Das UfU kritisiert die deutliche Aufweichung des Ziels der EU-Richtlinie über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme durch die extrem schwache Umsetzung im Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz. Ziel der Richtlinie war es, Klagemöglichkeiten von Umweltverbänden zu erweitern, sodass sie stellvertretend für die Allgemeinheit für die Rechte von Natur und Umwelt eintreten können. Unter dem neuen Gesetz ist eine Verbandsklage aber nur dann zulässig, wenn die Rechte Dritter betroffen sind. Das UfU befürchtet, dass durch eine enge Auslegung der Drittschutzrechte die Verbandsklage auch weiterhin auf Rechte beschränkt bleibt, die auch der Einzelne bereits einklagen kann. Damit wird die Stellvertreterfunktion von Verbänden - Umweltrechte für die Allgemeinheit einklagen zu können - durch das neue Gesetz in keiner Weise gestärkt.

Ängste vor einer groß angelegten Klagewelle nach der Ausweitung der Verbandsklage weist das UfU zurück. Die vergleichsweise geringen Kapazitäten der Verbände ließen nur eine Konzentration auf entscheidende Fälle zu. Auf der anderen Seite seien mehr Rechte für Umweltverbände dringend notwendig, um dem Vollzugsdefizit des Umweltrechts in Deutschland zu begegnen.

**Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz unpraktikabel**

Auch das Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz bleibt hinter den Erwartungen zurück. Die Informationen müssen bei den entsprechenden Behörden abgeholt bzw. eingesehen werden. Dies kann in Flächenländern schnell an Kostengründen scheitern. (ut) ■

● **Weitere Informationen**

Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU e.V.), Michael Zschesche, Leiter des Bereichs Umweltrecht und Bürgerbeteiligung, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 4284993-32  
eMail: recht@ufu.de  
www.ufu.de/umweltrecht

**Inkrafttreten von Richtlinien mit Frist 1. Halbjahr 2007**

**Februar**

Richtlinie 2004/107/EG vom 15. Dezember 2004 über Arsen, Kadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in der Luft  
Frist: 15.02.07

Richtlinie 2005/90/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 zur 29. Änderung der Richtlinie 76/769/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung gewisser gefährlicher Stoffe und Zubereitungen (als krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend [k/e/f] eingestufte Stoffe)  
Frist: 23.02.07

**März**

Richtlinie 2005/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen für Verstöße  
Frist: 01.03.07

Richtlinie 2006/8/EG vom 23. Januar 2006 zur Änderung der Anhänge II, III und V der Richtlinie 1999/45/EG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen zwecks Anpassung an den technischen Fortschritt  
Frist: 01.03.07

Richtlinie 2006/20/EG vom 17. Februar 2006 zur Anpassung der Richtlinie 70/221/EWG des Rates über die Kraftstoffbehälter und den Unterfahrschutz von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern an den technischen Fortschritt  
Frist: 10.03.07

Richtlinie 2005/24/EG des Rates vom 14. März 2005 hinsichtlich Samendepots sowie der Verwendung von Eizellen und Embryonen reinrassiger Zuchtrinder  
Frist: 23.03.07

Richtlinie 2006/5/EG der Kommission vom 17. Januar 2006 zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates zwecks Aufnahme des Wirkstoffs Warfarin  
Frist: 31.03.07

Richtlinie 2006/6/EG der Kommission vom 17. Januar 2006 zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates zwecks Aufnahme des Wirkstoffs Tolyfluanid  
Frist: 31.03.07

**April**

Richtlinie 2006/22/EG über Mindestbedingungen für die Durchführung der Verordnungen (EWG) Nr. 3820/85 und (EWG) Nr. 3821/85 über Sozialvorschriften für Tätigkeiten im Kraftverkehr sowie zur Aufhebung der Richtlinie 88/599/EWG des Rates  
Frist: 01.04.07

Richtlinie 2006/33/EG vom 20. März 2006 zur Änderung der Richtlinie 95/45/EG hinsichtlich Gelborange S (E 110) und Titan-dioxid (E 171)  
Frist: 01.04.07

Richtlinie 2004/35/EG vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden  
Frist: 30.04.07

Richtlinie 2006/37/EG (Nahrungsergänzungsmittel) vom 30. März 2006 zur Änderung von Anhang II der Richtlinie 2002/46/EG zwecks Aufnahme bestimmter Stoffe  
Frist: 30.04.07

**Juni**

Richtlinie 2005/14/EG vom 11. Mai 2005 zur Änderung der Richtlinien 72/166/EWG, 84/5/EWG, 88/357/EWG und 90/232/EWG 2000/26/EG über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung  
Frist: 11.06.07

Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken)  
Frist: 12.06.07

(nt) ■

● **Weitere Informationen**

Vollständiger Kalender zur Umsetzung von EU-Recht (nach Monaten sortiert):  
www.ec.europa.eu/community\_law/eulaw/index\_en.htm

## Newsticker

### Europäisches Jahr der Chancengleichheit

Die Europäische Kommission hat das Jahr 2007 zum „Jahr der Chancengleichheit“ ausgerufen. Laut dem zuständigen Kommissar für Beschäftigung und Soziales Vladimir Špidla will die EU damit die europäischen Grundwerte Gleichheit und Nicht-Diskriminierung stärken und die Chancen der kulturellen Vielfalt in Europa betonen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten sollen eine Informationskampagne sowie die Zusammenarbeit mit Schulen, Unternehmen und Vereinen stehen. (ms)

Mehr Informationen:

[www.ec.europa.eu/employment\\_social/equality2007/plans\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/employment_social/equality2007/plans_de.htm)

### Neue Forschungsplattform im Internet

Mit einer umfangreichen Online-Informationsplattform möchte die Europäische Kommission die wissenschaftliche Forschung in Europa unterstützen. Das Portal mit dem Namen „Erawatch“ bündelt Informationen über aktuelle Forschungsprogramme, -einrichtungen und -ergebnisse sämtlicher EU-Staaten sowie einiger assoziierter Staaten wie der USA, Japans oder Chinas. Erawatch wird als Beitrag zum Europäischen Forschungsraum, der ein Kernelement der Lissabon-Strategie ist, verstanden. (ms)

[www.cordis.europa.eu/erawatch](http://www.cordis.europa.eu/erawatch)

### Konsultationen zu EMAS und EU-Umweltzeichen bis 31.2.

► Die EU-Kommission hat zum Beginn des Jahres einige neue Konsultationsverfahren eröffnet. Darunter finden sich mit dem Umweltmanagementsystem EMAS, dem EU-Umweltzeichen („Euro-Blume“) und dem illegalen Holzeinschlag auch drei umweltrelevante Themen. Privatpersonen und Organisationen haben die Möglichkeit, die jeweiligen Vorschläge zu kommentieren. Die Kommission wird nach Ablauf der entsprechenden Frist die eingegangenen Äußerungen sichten und ggf. in die Gesetzgebungsprozesse einspeisen. Die drei Verfahren sind mit einer sehr kurzen zeitlichen Frist bis Ende Februar versehen worden. (ms)

Konsultationsverfahren:

[www.ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm)

### Rechtsnationale Fraktion im Parlament gegründet

Rechte und nationalkonservative Abgeordnete des EU-Parlaments haben sich zu einer Fraktion mit dem Namen „Identität, Tradition und Souveränität“ zusammengeschlossen. Damit erhalten sie das Recht auf finanzielle Unterstützung durch die EU, Räumlichkeiten im Parlament sowie Zugang zu bestimmten Gremien. Ermöglicht wurde die Fraktionsbildung erst durch den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum 1. Januar dieses Jahres, wodurch die notwendige Anzahl von 20 Abgeordneten aus sechs Ländern erreicht wurde. Die größten Ländergruppen der neuen Fraktion sind die französische Front National, der belgische Vlaams Bloc sowie die Großrumänische Partei. Weitere Abgeordnete kommen aus Bulgarien, Österreich und Italien. In ihrem politischen Programm, auf das sich die Abgeordneten in kürzester Zeit geeinigt haben, spricht sich die neue Fraktion gegen Einwanderung, gegen eine europäische Verfassung und gegen den Beitritt der Türkei zur EU aus. Der Vorsitzende der Fraktion, der Franzose Bruno Gollnisch, der sich zurzeit in Frankreich wegen Leugnung des Holocaust vor Gericht verantworten muss, wies den Vorwurf der Rechtslastigkeit zurück. (ms)

Quelle: EU Observer, 09.01.07

### Konservative mit neuem Fraktionschef

Der Franzose Joseph Daul ist Anfang Januar als Nachfolger von Hans-Gerd Pöttering als Fraktionsvorsitzender der Konservativen im Europäischen Parlament. Die Europäische Volkspartei (EVP) ist mit 277 Abgeordneten die größte Fraktion im Parlament. Pöttering wurde Mitte Januar als Präsident des gesamten Europäischen Parlaments gewählt. Er ist einer der wenigen Abgeordneten, die seit den ersten freien Europawahlen (1979) im Parlament sitzen. (jg)

Quelle: [www.epp-ed.eu/Press/peve07/eve002\\_de.asp](http://www.epp-ed.eu/Press/peve07/eve002_de.asp)

### 50 Jahre Römische Verträge: Offizielle Internetseite

Im März begehen die Staats- und Regierungschefs ihre Feier zum 50-jährigen Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge, quasi der Startschuss für die EU, wie wir sie heute kennen. (jg)

[www.europa.eu/50/what\\_celebrate/index\\_de.htm](http://www.europa.eu/50/what_celebrate/index_de.htm)



### Verpackungsrichtlinie: Bilanz der EU-Kommission gemischt

#### Bericht über ökologische und wirtschaftliche Folgen

Die EU-Kommission hat im Dezember einen Bericht über die Umsetzung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle vorgelegt. Die Bilanz fällt gemischt aus: die absolute Menge an Verpackungsmüll nimmt stetig zu, auch wenn die Recyclingraten gestiegen sind. Problematisch scheint die mangelnde Durchsetzung in den einzelnen Ländern zu sein. Untersucht wurden die ökologischen, (binnen-)wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Richtlinie.

Die Studien stellten keine klare Präferenz für die verschiedenen Optionen im Umgang mit Verpackungsabfällen fest, weshalb die EU-Kommission den Mitgliedstaaten keine Vorschriften machen, sondern auf europäischer Ebene einen „flexiblen Ansatz“ anwenden will. Sie verweist aber auf die in der thematischen Strategie für Abfallvermeidung und -recycling vorgesehenen Abfallvermeidungsprogramme, die die Mitgliedstaaten entwickeln sollen. Im Jahr 2010 will die Kommission die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Vermeidung, dem Recycling und der Verwertung von Abfällen untersuchen. Bis dahin sollen keine neuen Zielvorgaben gesetzt werden. Stattdessen sollen die kürzlich revidierten Pläne bis 2008 umgesetzt werden. Besonders die neuen Mitgliedstaaten seien damit bereits ausgelastet. Die Richtlinie schreibt vor, dass Ende 2007 Zielvorgaben für die „dritte Fünfjahresstufe“ von 2009 bis 2014 festgelegt werden sollen.

#### Recycling: Gut und nicht teuer

„Die stoffliche Verwertung von Verpackungen hatte positive Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich Einsparungen bei Treibhausgasemissionen und Ressourcen. Zu den weiteren positiven Umweltauswirkungen gehören u. a. verringerte Feinpartikelemissionen, verringerte Versauerung, weniger Verkehrslärm, Gerüche und Sehbeeinträchtigungen. Die Daten beweisen, dass die aus den Recyclingverpflichtungen der Verpackungsrichtlinie resultierenden Mehrkosten im Vergleich zu anderen Abfallbewirtschaftungsoptionen (wie etwa Beseitigung) nicht wesentlich höher sind und im Begriff sind, zu sinken.“ ●

#### Mehr Verpackungsmüll, aber auch mehr stoffliche Verwertung

Verpackungen erzeugen jährlich rund 80 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente an Treibhausgasemissionen; das sind etwa 2 % der Gesamtreibhausgasemissionen. Die absolute Menge der Verpackungsabfälle nimmt in fast allen Mitgliedstaaten zu, obwohl sich „eine gewisse Abkoppelung des BIP-Wachstums vom Verpackungsabfallaufkommen abzuzeichnen scheint“. Durch die Richtlinie haben sich die Recyclingraten der Mitgliedstaaten einander angenähert. 2002 wurden in der EU-15 von 66 Mio. t Verpackungsabfällen 54 % (36 Mio. t) stofflich verwertet (Erhöhung der Recyclingrate gegenüber 1997 um 8 %). Mehrkosten durch die Pflicht zur stofflichen Verwertung entstünden zwar in geringem Maße, würden aber durch positive Umweltauswirkungen wieder ausgeglichen. Die stoffliche Verwertung könne „mit relativ hoher Sicherheit zu den kostengünstigsten Optionen gerechnet werden, um eine Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und anderer Umweltauswirkungen zu erzielen“. Die Pflicht zur stofflichen Verwertung kostet übrigens keine Arbeitsplätze: Die Beschäftigungsbilanz dürfte „neutral oder leicht positiv“ sein, schreibt die EU-Kommission.

#### Müllverbrennung auf dem Vormarsch

Die Verwertung und Verbrennung von Verpackungen in Abfallverbrennungsanlagen mit Energierückgewinnung ist von 31 Mio. t bzw. 52 % (1997) auf 41 Mio. t bzw. 62 % (2002) gestiegen;

#### Vermeidung als „komplexes Feld“

Verpackungsvermeidung habe sich als komplexes Feld erwiesen, da die Zielsetzungskriterien (gewichts- oder herstellerbezogen bzw. Verbote) ungeahnte Folgen und Benachteiligungen haben können. Die dadurch veränderten Abfallströme müssten „im Hinblick darauf betrachtet werden, welche Abfallbewirtschaftungsoption sich danach anbietet, um den größtmöglichen Umweltnutzen zu erzielen“.

#### Umsetzungsprobleme: Bessere Kontrolle und Programme nötig

Laut Bericht der EU-Kommission haben zwar alle Mitgliedstaaten die „grundlegenden Anforderungen“ der Richtlinie in nationales Recht umgesetzt, aber nur wenige Staaten (Großbritannien, Frankreich und die Tschechien) haben Verfahren für die Durchsetzung und Überwachung der Richtlinie eingerichtet - eines „der größten

Probleme bei der Umsetzung der Richtlinie“. Die Ergebnisse zeigten, dass sowohl die Überwachung der Umsetzung als auch die Durchsetzung von Verpackungsvermeidungsplänen zu einer Abkopplung des Verpackungsverbrauchs vom BIP-Wachstum führen kann.

#### Wiederverwendbare Verpackungen nur bei kurzen Transportwegen günstig?

Die Vor- und Nachteile bei der Wiederverwendung von Verpackungen sind in den Mitgliedstaaten strittig, weshalb die EU-Kommission es „weder möglich noch angebracht“ findet, harmonisierte Maßnahmen für wieder verwendbare Getränkeverpackungen (rund 20 % Gewichtsanteil am Gesamtverpackungsaufkommen) zu treffen. Studien kämen zu unterschiedlichen Ergebnissen, überwiegend sei aber dabei herausgekommen, dass sich wieder verwendbare Verpackungen besser für generell kurze Transportwege bei hohen Rückgabequoten und Einwegverpackungen besser für generell lange Transportwege bei niedrigen Rückgabequoten eignen. Zwar hätten „angemessen gestaltete einzelstaatliche Maßnahmen zur Förderung wieder verwendbarer Verpackungen einen Nutzen für die Umwelt“, sie könnten sich aber negativ auf den Binnenmarkt auswirken. Die Aufgabe, einen Ausgleich „zwischen den involvierten Wirtschafts- und Umweltinteressen“ zu finden, bestehe weiterhin.

#### Binnenmarktpolitischer Auftrag noch nicht erfüllt

Das Ziel der Richtlinie, zum Funktionieren des Binnenmarktes beizutragen und Handelshemmnisse abzubauen, sei nicht bei allen Verpackungsarten in vollem Umfang erreicht worden. Besonders bei den Getränkeverpackungen hatte es in der Vergangenheit viel Streit gegeben - nationale Regelungen wie Steuern können laut EU-Kommission zu Marktverzerrungen und Abschottungen von Märkten führen, was im Widerspruch zur Richtlinie stehe. Explizit wird hier das Beispiel Deutschland angeführt (Dosenpfanddebatte). (jg) ■

#### ● Weitere Informationen

Quelle/Dokument: EU-Kommission, KOM(2006)767  
[www.ec.europa.eu/prelex/rech\\_simple.cfm?CL=de](http://www.ec.europa.eu/prelex/rech_simple.cfm?CL=de)

## Studie: Anaerobe Behandlung von Klärschlamm

### Tendenz der Anwendung: Europaweit steigend

Ende letzten Jahres hat der belgische Experte Luc de Baere eine Studie zur anaeroben Behandlung von Klärschlamm veröffentlicht. In der Studie geht es um die Entwicklungen dieser biologischen Abfallentsorgung, untersucht an vorhandenen Kapazitäten, Leistungsmerkmalen sowie der Marktsituation. Außerdem wird in der Studie die große Auswahl an Systemen, Anbietern und Anwendungsmöglichkeiten in den meisten Teilen Europas aufgezeigt. Anaerobe Klärschlammbehandlung gilt als eine gute Alternative zu Müllverbrennung oder Deponierung, weil sie weniger Umweltauswirkungen hat. Während der letzten Jahrzehnte war dieses Stabilisierungsverfahren von Siedlungsabfällen, bei dem organisches Material durch biologische Umsetzungsprozesse abgebaut wird, die verbreitetste Art der Behandlung organischen Abfalls in den europäischen Müllentsorgungseinrichtungen.

### Barrieren: Fehlende Bioabfallrichtlinie und zu viel Müllverbrennung

In seiner Studie analysiert de Baere auch die Grenzen der zukünftigen Entwicklung der anaeroben Klärschlammbehandlung und die Hindernisse, die zu bewältigen sind. Nicht alle Erfahrungen, die mit diesem System gemacht wurden, seien gleich erfolgreich gewesen, hauptsächlich aufgrund von schwacher Planung, Ausführung und Handhabung. Daher müssen bestimmte Aspekte berücksichtigt werden, um zukünftige Entwicklungsbarrieren und Schwierigkeiten zu bewältigen: Dazu gehört die Reduzierung der Müllverbrennung, die Durchsetzung einer EU-Bioabfallrichtlinie und die damit verbundene Pflicht zur getrennten Sammlung von Bioabfall. Trotz dieser Beschränkungen wird erwartet, dass sich das Wachstum dieses Verfahrens in Zukunft fortsetzen wird. (nt) ■

### • Weitere Informationen

Organic Waste Systems NV, Luc de Baere, Dok Noord 4, B-9000 Gent, Belgien  
Tel. 0032 9 / 233-0204, Fax -2825  
eMail: luc.debaere@ows.be  
www.biomatnet.org

## Newsticker

### Grenzüberschreitende Transporte radioaktiver Abfälle: Neue Regeln

Am 25. Dezember letzten Jahres ist die Richtlinie 2006/117/EURATOM über die Überwachung und Kontrolle der Verbringungen radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente in Kraft getreten. Diese regelt ältere Verfahren neu, vereinfacht einige davon und verknüpft EU-Regeln mit international vereinbarten Beschlüssen. Demnach müssen zukünftig auch grenzüberschreitende Transporte radioaktiver Abfälle aus der EU in Nicht-EU-Staaten ein Genehmigungsverfahren in Behörden des Ziellandes durchlaufen. Geregelt wird nicht nur der Umgang mit radioaktiven Abfällen, sondern auch mit abgebrannten Brennelementen oder mit zur Wiederaufbereitung vorgesehenen Abfällen. Die Mitgliedstaaten haben bis 25.12.2008 Zeit, die Richtlinie 2006/117/EURATOM in nationales Recht umzusetzen und die zuständigen Behörden zu benennen. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily, 07.12.06

### Parlaments-Berichterstatterin fordert mehr Müllverbrennung

Die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für die Revision der Abfallrahmenrichtlinie, die konservative britische Abgeordnete Caroline Jackson, hat die Kommunen in Großbritannien aufgefordert, Müllverbrennungsanlagen mit Energierückgewinnung zu fördern. Neben Recycling helfe diese Art der Abfallbehandlung dabei, die Abfallmengen auf Mülldeponien zu reduzieren. Britische Politiker hätten einen „Mangel an Mut“ bewiesen und „Grünen Fundamentalisten erlaubt, Müllverbrennung zu dämonisieren und falsche Informationen zu verbreiten“, kritisierte Jackson. In einer Broschüre beschreibt sie insgesamt zehn „Lektionen“, die Großbritannien im Abfallmanagement von Kontinentaleuropa lernen könne. (jg)

Quelle: [www.carolinejackson-mep.org.uk/news\\_detail.php?nid=27](http://www.carolinejackson-mep.org.uk/news_detail.php?nid=27)

### Dänische Behörden kaufen umweltfreundlich ein

Das dänische Umweltministerium und die drei größten dänischen Kommunen haben eine Reihe von Maßnahmen für umweltfreundliche öffentliche Beschaffung beschlossen. Konkrete Ziele sind u. a. die ausschließliche Benutzung von Recyclingpapier oder Papier mit Öko-Siegel und die Beachtung von Energiestandards bei

Computern und Bildschirmen. (jg)  
Quelle: ENDS Europe Daily 03.01.07

### Elfenbeinküste braucht internationale Unterstützung

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hat eine Delegation in die Elfenbeinküste entsandt, um die Schäden durch den Müllskandal in Augenschein zu nehmen. Im August letzten Jahres waren durch unsachgemäß entsorgten europäischen Giftmüll in der Hauptstadt Abidjan zehn Menschen gestorben, Tausende wurden verletzt. Die ivoirische Regierung benötigt finanzielle Hilfe, um rund 9.200 Tonnen verseuchten Boden abzutragen und nach Frankreich zu verschiffen, wo dieser dekontaminiert werden soll. Rund die Hälfte der nötigen Mittel will die Elfenbeinküste selbst aufbringen, 15 Mio. Euro fehlen. Derzeit wird ein nationaler Plan (2006-2009) für den Umgang mit den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen erarbeitet. (jg)  
Quelle: UNEP, 20.12.06

### EU-Statistik: Immer mehr Produktrückrufe

Die Anzahl der gefährlichen und zurückgerufenen Produkte ist nach einer neuen Statistik der Europäischen Kommission derzeit höher als je zuvor. Seit drei Jahren ist die Produktsicherheitsrichtlinie in nationales Recht umgesetzt. Die Zahl der Meldungen gefährlicher Produkte stieg im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 23 %, wobei die mit Abstand meisten Meldungen Produkte aus China betrafen. 26 % aller Meldungen entfielen auf den Bereich Spielzeug und Kinderartikel, danach folgen Elektroartikel mit 23 % und Kraftfahrzeuge mit 8 %. Die Produkte werden bei RAPEX, dem EU-Frühwarnsystem für Nonfood-Produkte, gemeldet und veröffentlicht. Ein Beispiel sind Thermoskannen der tschechischen Firma Tescoma, die Asbestverbindungen enthalten. Italien hat den Verkauf inzwischen untersagt. Ein Sprecher von Tescoma erklärte auf Anfrage einer tschechischen Umweltorganisation, in nahezu allen auf dem Markt befindlichen Thermoskannen seien Asbestfasern enthalten. Asbest ist stark Krebs erregend. (jg)

Quellen: Lovells Anwaltssozietät (15.01.07), EEB-AG Abfall, [www.ec.europa.eu/consumers/dyna/rapex/create\\_rapex.cfm?rx\\_id=111](http://www.ec.europa.eu/consumers/dyna/rapex/create_rapex.cfm?rx_id=111)

## **EU-Agrarminister wollen schwächere Öko-Verordnung**

### **Bioprodukte könnten künftig 0,9 % genmanipulierte Substanzen enthalten**

Die EU-Landwirtschaftsminister haben im Dezember 2006 über die Novelle der Ökoverordnung der Europäischen Union debattiert. Der Ministerrat schloss sich im Wesentlichen den Vorschlägen der EU-Kommission an. Die folgenschwerste Änderung betrifft den Kennzeichnungsgrenzwert für die Kontaminierung mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Bisher durfte Bioware bis zur so genannten Nachweisgrenze von 0,1 Prozent keine GMO enthalten, die neuen Pläne sehen einen Schwellenwert von 0,9 Prozent vor. Das heißt, dass Bioprodukte bis zu 0,9 Prozent gentechnisch verunreinigt sein dürfen, ohne dass es auf dem Etikett steht.

Zwar dürfen Bio-Bauern und -Verarbeiter weiterhin keine genmanipulierten Bestandteile verwenden. Gentechnik-Kritiker befürchten aber, dass die Verbraucher/innen ohne die Kennzeichnung künftig keine Wahlfreiheit mehr haben, gentechnikfreie Ware zu kaufen. Die Kontamination lässt sich ohnehin nicht vermeiden, wie zahlreiche Studien belegen.

### **Bioland: Deutschland soll nicht zustimmen**

Der deutsche Erzeugerverband Bioland appellierte vor der Ministerratssitzung an Bundesagrarminister Horst Seehofer, dem aktuellen Entwurf für die neue Ökoverordnung nicht zuzustimmen. Eine weitere Verhandlungsrunde 2007 böte die Chance, zu einem praxistauglichen Gesetz zu kommen, sagte Thomas Dosch, Präsident von Bioland und Vorstand der EU-Gruppe der internationalen Ökolandbau-Vereinigung IFOAM. Denn Bedenken vieler Mitgliedstaaten und europäischer Bioverbände seien nicht ausgeräumt. Die neue Verordnung soll 2009 in Kraft treten. Im März 2007 entscheiden die EU-Agrarminister über die endgültige Fassung. (mbu) ■

#### ● **Weitere Informationen**

IFOAM-EU-Gruppe, Rue Commerce 124, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 735-2797, Fax -7381  
eMail: info@ifoam-eu.org  
www.ifoam.org/about\_ifoam/  
around\_world/eu\_g

## **Neue EU-Verordnung für Tiertransporte in Kraft**

### **Satellitenüberwachung zur besseren Kontrolle von Tiertransporten**

Am 5. Januar ist die neue „EU-Verordnung zum Schutz von Tieren beim Transport“ (EG 1/2005) in Kraft getreten. Sie soll die Verletzungsgefahr und den Stress für Tiere während des Transports - meist zum Schlachthof - reduzieren. Die Verordnung sieht eine Satellitenüberwachung zur besseren Kontrolle von Tiertransporten vor.

Neufahrzeuge, mit denen Tiere mehr als acht Stunden befördert werden, müssen ab sofort über ein Satellitennavigationssystem verfügen, ältere Fahrzeuge entsprechend bis 2009 nachgerüstet werden. Neue Technik soll zudem das Mikroklima im Fahrzeug verbessern. Außerdem gelten schärfere Bestimmungen für das regelmäßige Tränken der Tiere. Zudem müssen Fahrer und Betreuer von Tiertransporten künftig Schulungen absolvieren und brauchen ab 2008 eine eigene Zulassung für den Umgang mit Tieren.

### **Weiter lange Beförderungszeiten und hohe Besatzdichten**

Die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 enthält jedoch keine neuen Bestimmungen zu Beförderungszeiten und Besatzdichten, weil der Agrarministerrat sich in diesen Fragen nicht einigen konnte. Dies stieß bei Tierschützern auf scharfe Kritik. Der Deutsche Tierschutzbund fordert die Bundesregierung auf, die EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um die erforderlichen Nachbesserungen anzustoßen und umzusetzen.

Die EU-Kommission hat sich verpflichtet, bis Ende 2009 Vorschläge zu diesen wichtigen Aspekten des Tiertransports zu unterbreiten. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit hat bereits Stellungnahmen zur Besatzdichte bei Tiertransporten vorgelegt. (bv) ■

#### ● **Weitere Informationen**

Quellen: EU-Kommission, Vertretung in Deutschland, 05.01.07, taz 6.1.2007, www.tierschutzbund.de/02308.html

Deutscher Tierschutzbund e.V., Baumschulallee 15, 53115 Bonn  
Tel. 0228 / 60496-24, Fax -40  
www.tierschutzbund.de

## **Einspruch gegen WTO-Urteil zur Gentechnik**

### **Forum Umwelt und Entwicklung: Urteil unterläuft Umweltschutzprinzipien**

Die Nichtregierungsorganisationen des Forums Umwelt und Entwicklung (Forum U&E) haben Ende November Einspruch gegen das Urteil der Welthandelsorganisation (WTO) im Gentechnikstreitfall eingelegt. In einem Brief an das Berufungsgremium der WTO-Streitschlichtung kritisierten die Organisationen, dass das Urteil Umweltschutzprinzipien wie multilaterale Umweltabkommen unterlaufe.

Als Beispiel nannte Jürgen Maier, Leiter der Projektstelle des Forums U&E das Protokoll über Biologische Sicherheit. Der Einspruch solle deutlich machen, dass die Mehrheit der Verbraucher/innen in Europa Gentechnik in Lebensmitteln ablehnt und diese auch nicht durch die WTO-Hintertür auf den Teller bekommen möchte, sagte Maier. Das Urteil dürfe nicht zum Präzedenzfall werden.

### **EU-Gentechnikmoratorium faktisch beendet**

Das Urteil der ersten Instanz der WTO-Streitschlichtung war Ende September veröffentlicht worden. Bei dem Streit ging es vor allem um den Konflikt über das europäische Gentechnik-Moratorium: Zwischen 1999 und 2004 waren in der EU keine neuen gentechnisch veränderten Organismen zugelassen worden. Dagegen und gegen Gentechnikprodukt-Verbote von sechs EU-Mitgliedstaaten hatten die USA, Kanada und Argentinien vor der WTO geklagt. Die Richter entschieden, dass keine der europäischen Maßnahmen mit dem WTO-Recht vereinbar sei. Die EU-Kommission erklärte dazu, dass das Urteil für sie lediglich von historischem Interesse sei, da das europäische Gentechnikmoratorium längst nicht mehr bestehe. Bereits während des Streitfalls wurden in der EU neue gentechnisch veränderte Organismen zugelassen. Die Brüsseler Behörde verzichtete darauf, Einspruch gegen den WTO-Entscheid zu erheben. (mbu) ■

#### ● **Weitere Informationen**

Forum Umwelt & Entwicklung, Geschäftsführer Jürgen Maier, Am Michalshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228-359704, Fax -92399356  
eMail: info@forumue.de  
www.forumue.de

## Genmanipulierte Pflanzen brauchen mehr Pestizide

### Studie: Agro-Gentechnik bringt weltweit keine höheren Erträge

Die Ernten aus gentechnischer Landwirtschaft halten offenbar nicht, was die Gentechnik-Industrie verspricht. Weder erfüllten Gen-Produkte die Erwartungen an Qualität oder Preis noch linderten sie Hunger oder Armut in Afrika oder sonst irgendwo, kritisierten Friends of the Earth Africa in Nigeria. Das belege der aktuelle Bericht über die weltweite Ernteleistung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) im Zeitraum 1996-2006 von Friends of the Earth International (FoEI), der im Januar erschien.

Laut dem Bericht ist der Einsatz von Pestiziden mit dem Anbau von Gen-Pflanzen nicht gesunken, sondern im Gegenteil gestiegen. Auch können Bauern auf gentechnisch bewirtschafteten Feldern nicht mehr Früchte ernten als die Kollegen aus dem konventionellen Anbau. Die Umwelt habe keinen Nutzen und GVO-Ernten seien auf lange Sicht nicht nachhaltig, so die Studie. 70 Prozent des großflächigen Gentechnik-Anbaus konzentrierte sich auf zwei Länder, nämlich die USA und Argentinien.

### Großer Widerstand gegen Genfood in Europa

Für Europa konstatiert der Bericht zwar einen leichten Anstieg beim Anbau von Gen-Mais (schätzungsweise 1 Prozent der gesamten Mais-Produktion), hebt aber vor allem die große Ablehnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln in der EU hervor. Auch die wachsende Zahl gentechnikfreier Regionen zeigen die Autoren der Studie auf. Verbraucher und Bauern hätten erkannt, dass Genfood keinen Nutzen, sondern nur zusätzliche Umwelt- und Gesundheitsrisiken bringe, sagte Adrian Bebb von Friends of the Earth Europe. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe (FoEE),  
Gentechnikexperte Adrian Bebb, Rue  
Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 08025991951, 0160 / 94901163  
eMail: [adrian.bebb@foeeurope.org](mailto:adrian.bebb@foeeurope.org)  
[www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)  
Der Report:  
[www.foei.org/publications/pdfs/  
gmcrops2007execsummary.pdf](http://www.foei.org/publications/pdfs/gmcrops2007execsummary.pdf)

## Newsticker

### EU-Labor prüft Verpackungen auf ihre Gesundheitsverträglichkeit

Seit Dezember soll das gemeinschaftliche Referenzlabor für Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, für mehr Verbrauchersicherheit sorgen. Das Labor, das von der EU-Kommission eröffnet wurde, soll einheitliche Laborverfahren für die gesamte EU entwickeln. Es soll in einem Netzwerk nationaler Referenzlabore als Referenzstelle für Fragen dienen, die die Durchsetzung von Rechtsvorschriften über Materialien mit Lebensmittelkontakt betreffen. Hauptanliegen dabei ist zu verhindern, dass gefährliche Stoffe, einschließlich giftiger Chemikalien, von der Verpackung in die Nahrung dringen. Die Sicherheit von Lebensmitteln hat in der EU einen hohen Stellenwert unter Verbraucher/innen, wie Meinungsumfragen belegen. Das Referenzlabor wird seinen Standort in der gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission in Ispra (Italien) haben. (mbu)  
Quelle: EurActiv, 8.12.2006

### Neue Regelung für staatliche Beihilfen

Die EU-Kommission hat im Dezember eine neue Regelung für staatliche Beihilfen im Agrarsektor genehmigt. Die Regelung gilt für den Zeitraum 2007-2013 und besteht aus zwei Teilen, nämlich der Freistellungsverordnung und der Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrarsektor. Mit der neuen Freistellungsverordnung können die Beihilfen schneller an die Landwirte ausgezahlt werden. Mitgliedstaaten müssen staatliche Beihilfen für kleinere und mittlere landwirtschaftliche Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen nicht mehr anmelden. Die Rahmenregelung enthält weitere Bestimmungen für die Prüfung der angemeldeten Beihilfen. Nach den Worten von EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel hilft die Freistellungsverordnung vor allem Landwirten in Krisensituationen: Sie erhalten künftig bei ungünstigen Witterungsbedingungen oder im Falle von Tierseuchen und Pflanzenkrankheiten schneller Unterstützung. (mbu)

Quelle: [www.ec.europa.eu/deutschland/  
press/pr\\_releases/index\\_6765\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_6765_de.htm)

■

**Zeitplan für REACH: Die weiteren Schritte**

**1. Juni 2007**

Die EU-Chemikalienverordnung REACH tritt in allen 27 Mitgliedstaaten in Kraft.

**Juni 2008**

Ausschüsse aus Vertreter/innen der EU-Mitgliedstaaten unter Führung der EU-Kommission (Komitologie-Verfahren) entscheiden über Kriterien zur Etablierung von Grenzwertkonzentrationen sehr Besorgnis erregender Substanzen und überprüfen die Liste der Substanzen, die von der Reichweite der Gesetzgebung ausgenommen sind.

**Dezember 2008**

Im Komitologieverfahren erfolgt eine Überprüfung

- der Kriterien zur Identifizierung von Substanzen, die langlebig (persistent) sind, sich im Körper anreichern (bioakkumulativ) oder toxisch (PBT) bzw. sehr langlebig (persistent) und sehr bioakkumulativ (vPvB) sind;
- der Kriterien, die definieren, was adäquate Rechtfertigungsgründe zur Vermeidung der Durchführung von bestimmten Sicherheitstests darstellen.

**Dezember 2010 (dreieinhalb Jahren nach Inkrafttreten)**

Frist zur Registrierung von sehr Besorgnis erregenden Chemikalien und Substanzen, die in großen Mengen (über 1.000 Tonnen pro Jahr) hergestellt bzw. importiert werden.

**2012 (nach fünf Jahren)**

Per Mitentscheidungsverfahren ▼ allgemeine Überprüfung

- der Reichweite des Gesetzes (wird zur Streichung oder Hinzufügung von Chemikalien zur Liste der Substanzen führen, die das Gesetz abdeckt);
- der Informationsanforderungen für Substanzen, die in Mengenvolumen zwischen 1 und 10 Tonnen pro Jahr hergestellt bzw. importiert werden.

**Juni 2013 (nach sechs Jahren)**

Frist zur Registrierung von Chemikalien, die in Mengen zwischen 100 und 1.000 Tonnen pro Jahr hergestellt werden.

(Fortsetzung auf Seite 18)

**REACH-Kompromiss enttäuscht Umweltverbände**

**Neue EU-Chemikalienverordnung mit großer Mehrheit verabschiedet**

Nach fast sieben Jahren Verhandlungen hat nach dem Europäischen Parlament auch der Umweltministerrat am 18. Dezember die REACH-Verordnung zur EU-Chemikalienpolitik in zweiter Lesung ▼ einstimmig angenommen. Das EU-Parlament hatte das in einem so genannten informellen Trialog ausgehandelte Kompromisspaket bereits am 13. Dezember mit überwältigender Mehrheit (529 gegen 98 Stimmen) gebilligt.

Die Ernüchterung der Umweltverbände war groß. Das Kompromiss-überfrachtete REACH stellt aus ihrer Sicht eine Verwässerung der ursprünglichen Fassung dar. Viele wichtige Entscheidungen wurden aufgeschoben und werden erst in ein bis zwölf Jahren Inhalt zukünftiger Überarbeitungen sein. Doch Berichterstatter Guido Sacconi (SPE, Italien) hatte ein Vermittlungsverfahren ▼ in jedem Fall verhindern wollen. Der Umweltausschussvorsitzende Karl-Heinz Florenz (CDU) verteidigte den Text, der „so viel Parlament wie nie wieder möglich“ enthalte. REACH wird nun aller Voraussicht nach am 1. Juni 2007 in Kraft treten.

**30.000 chemische Stoffe werden erstmals umfassend getestet**

Die REACH-Verordnung schreibt ein Registrierungs-, Risikobewertungs- und Zulassungsverfahren von über 30.000 chemischen Substanzen vor. Die Beweislast für die Ungefährlichkeit der Stoffe liegt bei Herstellern und Importeuren. Stoffe mit einer Jahresproduktion über einer Tonne müssen in den nächsten 11 Jahren das Verfahren durchlaufen. Besonders gefährliche Stoffe sollen ersetzt werden, wenn harmloserer Ersatz verfügbar ist.

**Umweltverbände: Viele Schlupflöcher und unverbindliche Regelungen**

Umweltverbände kritisieren das beschlossene EU-Chemikaliengesetz als zu schwach. Ein Brüsseler NGO-Bündnis<sup>1</sup> nannte die Chemikaliengesetzgebung der EU „alive but not kicking“, was sich in etwa mit „zahnloser Tiger“ übersetzen lässt. Einerseits würden mit REACH als erster bescheidener Schritt in Richtung eines

<sup>1</sup> WWF, EEB, Friends of the Earth Europe, WECF, euro-coop, HEAL, Greenpeace

veränderten Umgangs mit Chemikalien 40 Jahre alte Regeln ersetzt, Sicherheitsdaten für einige Chemikalien verlangt und die Informationslage für die Verbraucher/innen zumindest verbessert.

**Kein Verbot für Krebs erregende und das Erbgut schädigende Stoffe**

Andererseits sei die Gesetzgebung im Laufe der Zeit aber zu stark verwässert worden und enthalte „bedeutende Schlupflöcher“. Unter REACH dürften Chemikalien, die Krebs erregen, die Fruchtbarkeit schädigen und hormonähnlich wirken, weiter vermarktet werden, selbst wenn sichere Ersatzstoffe vorhanden seien. Nach der neuen Chemikalienverordnung bleiben Risiko-Chemikalien erlaubt, wenn die Hersteller behaupten, sie „angemessen zu kontrollieren“. Der deutschen Bundesregierung warfen BUND, Greenpeace und die Frauenorganisation WECF vor, den verbindlichen Ersatz besonders gefährlicher Risiko-Chemikalien verhindert zu haben.

**Verbände rufen zu Wachsamkeit auf: Viele Details werden erst noch geklärt**

Als „Enttäuschung für die Verbraucher“ hat auch der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) den verabschiedeten Kompromiss bezeichnet. Es werde nun weder eine Pflicht zur Substitution aller Krebs erregenden und Erbgut schädigenden Stoffe geben noch eine gesetzlich verankerte allgemeine Sorgfaltspflicht für Anbieter. Die für eine Registrierung erforderlichen Sicherheitsdaten für viele Substanzen seien auf ein Minimum reduziert worden. Dies betreffe vor allem solche Chemikalien, die in geringen Mengen auf den Markt gebracht werden. Im Ergebnis bedeute dies, dass Chemikalien, für die keine Risikostudien vorliegen, weiterhin in Alltagsprodukten zu finden seien.

Die Verbände rufen nun vor allen Dingen zur Wachsamkeit bei der Umsetzung auf. Denn die technischen Details sind noch lange nicht endgültig geklärt (siehe Zeitplan im Kasten). (jg) ■

● **Weitere Informationen**

- Quellen:  
 EU: [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu) (News, 13.12.06),  
[www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (IP/06/1799, MEMO/06/488);  
 NGOs: [www.bund.net](http://www.bund.net), [www.vzbv.de](http://www.vzbv.de),  
[www.foeurope.org](http://www.foeurope.org) (alle 13.12.06)

(Fortsetzung von Seite 17)

## 2013 (nach sechs Jahren)

Allgemeine Überprüfung per Mitentscheidungsverfahren ▼ zur Notwendigkeit der Substitution von Substanzen, die auf das Hormonsystem wirken (endokrine Disruptoren).

## 2014 (nach sieben Jahren)

Allgemeine Überprüfung mittels Mitentscheidungsverfahren, ob Substanzen mit einer Jahresproduktion zwischen 1 und 10 Tonnen einem Chemikaliensicherheitsbericht (CSR) unterzogen werden sollen.

## Juni 2018 (nach 11 Jahren)

Registrierung niedervolumiger Chemikalien zwischen 1 und 100 Tonnen pro Jahr.

## 2019 (nach 12 Jahren)

Allgemeine Überprüfung per Mitentscheidungsverfahren, ob die Informationsanforderungen für in Produkten enthaltene sehr Besorgnis erregende Substanzen im Vergleich zu anderen „gefährlichen Substanzen“ ausgeweitet werden sollen.

## 2019 (nach 12 Jahren)

Die EU-Komitologie-Ausschüsse überprüfen die Tests für reproduktive Toxizität.

Chemical Reaction, c/o Europäisches Umweltbüro (EEB), Grazia Cioci, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 7908819  
eMail: grazia.cioci@eeb.org  
www.chemicalreaction.org

Europäisches Umweltbüro, Mecki Naschke, Brüssel  
mobil: 0176 / 23500897  
eMail: mecki.naschke@eeb.org

Friends of the Earth Europe, Aleksandra Kordecka, Brüssel  
mobil: 0032 498 / 505165

Greenpeace Europa, Nadia Haiama, Brüssel  
mobil 0032 476 / 961376

REACH-Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 im Amtsblatt der EU (851 Seiten):  
www.eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:L:2006:396:SOM:DE:HTML

## EU unterschätzt Risiken von Organozinnverbindungen

### Wissenschaftlicher Ausschuss vermutet viel größere Mengen in der Umwelt

Der wissenschaftliche Ausschuss „Gesundheits- und Umweltrisiken“ (Scientific Committee on Health and Environmental Risks, SCHER) hat zum dritten Mal einen Bericht über die Risiken von Organozinn kritisiert. Die Berater der EU-Kommission würden immer noch die Exposition (das Ausgesetztsein) der Bevölkerung unterschätzen. Der SCHER-Ausschuss hatte bereits die ersten beiden Berichte scharf kritisiert (EUR 07.04, S. 26). In der dritten Version sei zwar einiges korrigiert worden, es seien aber wiederum zwei Quellen von Organozinn-Emissionen zu gering bewertet. Die Möglichkeit der Inhalation von Organozinnverbindungen durch Ausdünstungen von PVC im Haushalt sei wahrscheinlich „sehr viel höher“ als schlimmstenfalls angenommen. Darüber hinaus könne der Gebrauch von PVC in Medizinprodukten - im Bericht gar nicht erst untersucht - zur Exposition mit Organozinn in „massiven Dosen“ führen.

### Risiken höher als angenommen?

Da nicht genügend untersucht sei, aus welchen Quellen Menschen fortwährend diesen Stoffen ausgesetzt seien, könnten die Risiken höher sein als bisher angenommen. Die Wahrscheinlichkeit sei sehr hoch, so der Ausschuss, dass die zusammengerechnete Menge höher sei, die tolerable tägliche Dosis bisher also überschätzt werde. Besonders Kinder könnten viel höheren Dosen ausgesetzt sein als bisher angenommen. Derweil hat die Organozinn-Industrie-Vereinigung ETINSA darauf hingewiesen, dass sie als „verantwortungsvolle Industrie“ die Verwendung von PVC in Wandverkleidungen und Fußbodenbelägen freiwillig eingestellt habe.

Organozinnverbindungen sind schon in geringen Mengen gefährlich für Umwelt und Gesundheit. Sie sind Immunsystem-schädigend, können embryonale Fehlbildungen auslösen und sind genotoxisch. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: ENDS Europe Daily, 05.01.07, [www.ec.europa.eu/health/ph\\_risk/committees/04\\_scher/docs/scher\\_o\\_047.pdf](http://www.ec.europa.eu/health/ph_risk/committees/04_scher/docs/scher_o_047.pdf)

## Große Potenziale bei Reduktion von Schiffsabgasen

### Technik ist bereits vorhanden

Wenn auf Schiffen die bereits verfügbare Technik eingesetzt würde, könnten 80-90 Prozent der Schwefel- und Stickstoffemissionen reduziert werden. Das führt Christer Ågren in einem Artikel in der Dezember-Ausgabe von Acid-News<sup>1</sup> aus. Dies sei sogar billiger als zusätzliche Maßnahmen an Land, wie eine Studie<sup>2</sup> belege. Durch den Einsatz bereits vorhandener Techniken, z. B. Kraftstoffe mit einem Schwefelgehalt von 0,5 Prozent oder Abgaskatalysatoren, ließen sich die Emissionen stark reduzieren. Um die erwähnten 80-90 Prozent Reduktion zu erreichen, seien 5,5 Mrd. Euro bis 2020 nötig. Zum Vergleich: in der thematischen Strategie für Luftqualität werden die Kosten für die Reduktion von Emissionen an Land bis 2020 etwa 7,1 Mrd. Euro Kosten erwartet. Der Effekt der Emissionsreduktion bei den schiffsbezogenen Maßnahmen sei zudem höher.

### Schiffsemissionen werden in den nächsten Jahren stark ansteigen

Der Großteil der Schiffsemissionen auf europäischen Meeren, nämlich 95 Prozent, werde durch große Frachtschiffe über 500 Bruttoregistertonnen erzeugt. Ågren prognostiziert, dass die Emissionen durch den wachsenden Schiffsverkehr von 2000 bis 2020 stark ansteigen: Schwefelemissionen um 42 Prozent, Stickstoffdioxid um 47 Prozent und Feinstaubemissionen (2,5 Mikrometer) um 56 Prozent. Eine vollständige Kosten-Nutzen-Analyse ist im Zuge der Überprüfung der Richtlinie über nationale Emissionsobergrenzen (NEC-Richtlinie) geplant. Die EU-Kommission will einen Vorschlag ▼ für die überarbeitete NEC-Richtlinie im Sommer 2007 vorlegen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Acid Rain, Christer Ågren, Schweden  
Tel. 0046 31 / 7114515

1 [www.acidrain.org/pages/publications/acidnews/2006/AN4-06.asp#2](http://www.acidrain.org/pages/publications/acidnews/2006/AN4-06.asp#2)

2 Analysis of Policy Measures to Reduce Ship Emissions in the Context of the Revision of the National Emissions Ceilings Directive (Interim report, October 2006)  
[www.forum.europa.eu.int/Public/irc/env/cafes\\_base\\_line/library?l=/thematic\\_strategy/contract\\_emissions&vm=detailed&sb=Title](http://www.forum.europa.eu.int/Public/irc/env/cafes_base_line/library?l=/thematic_strategy/contract_emissions&vm=detailed&sb=Title)

## Fortschritte im Kampf gegen Luftverschmutzung

### UNECE: Europa ist auf gutem Weg das Göteborg-Protokoll umzusetzen

Laut Emissionsdatenbericht der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) kommt Europa gut voran mit der Umsetzung des Göteborg-Protokolls. Dieses legte 1999 im Rahmen der UNECE-Konvention über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen (CLRTAP) Grenzen für die jährlichen Emissionen der Schadstoffe (SO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub>, NH<sub>3</sub> und VOC) für das Jahr 2010 fest. Der UNECE-Bericht für das Jahr 2004 zeigt allerdings erhebliche Unterschiede bei den einzelnen Ländern. Für die 34 europäischen Unterzeichnerstaaten trat das Göteborg-Protokoll letztes Jahr in Kraft - es enthält allerdings die gleichen oder schwächere Ziele als europäische Richtlinie über nationale Emissionsobergrenzen (NEC-Richtlinie).

### Ziele bei Schwefel sind erreicht, mehr Einsatz bei NO<sub>x</sub>, VOC und NH<sub>3</sub> nötig

Die Gesamtschwefeldioxid-Emissionen (SO<sub>2</sub>) sind im Vergleich zu 1990 um 65 Prozent gesunken und liegen nun bei rund 15 Mio. Tonnen. Die Gesamtstickstoffdioxid-Emissionen (NO<sub>x</sub>) lagen 2004 bei unter 18 Mio. Tonnen - zwar schon 30 weniger als 1990, aber noch zu viel, um die Göteborg-Ziele zu erreichen. Über die Hälfte der Unterzeichnerstaaten muss hier noch nachbessern. Flüchtige Organische Verbindungen (VOC) sind um 38 Prozent gesunken, Ammoniak-Emissionen (NH<sub>3</sub>) um 25 Prozent.

Ende 2007 wird das Sekretariat der UN-Konvention zu CLRTAP entscheiden, ob neue, ehrgeizigere Zielwerte beschlossen werden sollten. Die Grenzwerte in der jetzigen Fassung des Göteborg-Protokolls legen folgende Reduktionsziele fest: für Schwefel 63 %, für Stickstoff 41 %, für Ammoniak 17 % und für VOCs 40 %. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: ENDS Europe Daily, 19.12.06, [www.unece.org/press/pr2006/06env\\_p10e.htm](http://www.unece.org/press/pr2006/06env_p10e.htm)

## IPPC veröffentlicht beste verfügbare Techniken

### Neue Brefs: Keramik, anorganische Chemie, Ammoniak, Säuren, Dünger

Das im Rahmen der Richtlinie für die integrierte Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung (IPPC) tätige Büro in Sevilla hat neue Leitlinien über die „beste verfügbare Technik“ (BAT) veröffentlicht. Die neuen „Brefs“<sup>1</sup> beziehen sich auf die Reduzierung von negativen Umwelteinflüssen bei der Produktion von:

- Keramik (Brennen);
- anorganischen Spezialchemikalien, u. a. Phosphorverbindungen und Zyanide (genutzt z. B. bei der Herstellung von Munition, Keramik, Pestiziden, Farben und pharmazeutischen Produkten);
- Ammoniak, Säuren (Stickstoff-, Phosphor-, Schwefel-, und Fluorwasserstoffsäure) und anorganischen Düngemitteln (aus Stickstoff, Phosphor und Kalium).

Die mehrere hundert Seiten umfassenden Dokumente bilden detailliert mögliche Umweltschäden im Herstellungsprozess ab und schlagen mögliche Gegenmaßnahmen mit den erwarteten positiven Auswirkungen für die Umwelt vor. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Institute for Prospective Technological Studies, Edificio Expo, C/ Inca Garcilaso, s/n, E-41092 Sevilla  
Tel. 0034 95 / 4488-308, Fax -426  
eMail: [jrc-ipts-eippcb@ec.europa.eu](mailto:jrc-ipts-eippcb@ec.europa.eu)  
<http://eippcb.jrc.es>

Bref für Keramik  
[www.jrc.cec.eu.int/eippcb/doc/cer\\_bref\\_1206.pdf](http://www.jrc.cec.eu.int/eippcb/doc/cer_bref_1206.pdf)

Anorganische Spezialchemikalien  
[www.ec.europa.eu/environment/ippc/brefs/sic\\_bref\\_1006.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/ippc/brefs/sic_bref_1006.pdf)

Bref für Ammoniak, Säuren und Dünger  
[www.jrc.cec.eu.int/eippcb/doc/lvic\\_bref\\_1206.pdf](http://www.jrc.cec.eu.int/eippcb/doc/lvic_bref_1206.pdf)

Quellen: ENDS Daily, 09./12./19.01.07

## Newsticker

### Erhöhte Krebsrate bei Anwohner/innen von Müllverbrennungsanlagen

Eine im Dezember 2006 veröffentlichte Studie des französischen Gesundheitsinstituts (Institut de veille sanitaire - INVS) hat ergeben, dass Menschen, die in den 1970er und 80er Jahren in der Nähe von Müllverbrennungsanlagen lebten, ein erhöhtes Risiko haben, an Krebs zu erkranken. Die von der Regierung finanzierte INVS-Studie ist die „langjährigste“ epidemiologische Studie, die in Frankreich über die Gesundheitseffekte von Müllverbrennungsanlagen gemacht worden ist. Umweltschützer/innen haben gefordert, den Bau der 16 geplanten neuen Anlagen zu verhindern. Die französische Umweltministerin Nelly Olin reagierte allerdings abwehrend: die Ergebnisse seien nicht auf heute übertragbar, da die Emissionen von Müllverbrennungsanlagen in den letzten Jahren geringer geworden seien. (jg)  
Quellen: ENDS Europe Daily, 01.12.06, [www.cniid.org/communiqués/2006/cpcancer.pdf](http://www.cniid.org/communiqués/2006/cpcancer.pdf)

### Norwegen sagt giftigen Stoffen den Kampf an - mit oder ohne EU

Das Nicht-EU-Land Norwegen will ein weltweites Verbot des umstrittenen Pestizids Endosulfan und des bromierten Flammschutzmittels Hexabromcyklododekan (HBCDD) durchsetzen. Die norwegische Regierung hat ein Gesetz vorgeschlagen, nach dem die Unternehmen bis 2008 Zeit haben, Aktionspläne gegen jedwede Art von Emissionen von Ökotoxinen (Umweltgiften) zu entwickeln. Zehn weitere Ökotoxine, darunter Bisphenol A, Triclosan und deca-BDE, sollen aus Verbrauchsprodukten verbannt werden, bei elf weiteren (z. B. Schwermetalle wie Blei, Kadmium und Arsen) sollen strengere Gesetze gelten. Die norwegische Umweltministerin Helen Bjørnøy hat sich außerdem für ein Verbot von Quecksilber ausgesprochen. Auch die schwedische Regierung erwägt ein Verbot von HBCDD - auch um die EU zum Handeln zu zwingen. (jg)  
Quellen: ENDS Europe Daily 18.12.06, 05./08.01.07  
■

<sup>1</sup> Bref (BAT reference document): Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und der betroffenen Industrie über die besten verfügbaren Techniken (BAT), die damit verbundenen Überwachungsmaßnahmen und die Entwicklungen auf diesem Gebiet.

## EU-Kommission verabschiedet Energiepaket

### Umweltverbände: Wenig ambitionierte Ziele, schwache Politikvorschläge

Am 10. Januar hat die EU-Kommission ihr „integriertes Energie- und Klimapakete zur Emissionsminderung im 21. Jahrhundert“ vorgelegt. Wichtigstes Ziel ist eine 20-prozentige Reduzierung von CO<sub>2</sub> bis 2020 in der EU, sofern kein internationales Abkommen über ein höheres Ziel von bis zu 30 Prozent geschlossen wird.

Umweltverbände kritisieren das 20-Prozent-Ziel als unzureichend. So könne nicht gewährleistet werden, dass die durchschnittliche Temperaturerhöhung unter 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau bleibt. An diesem Wert richtet die EU ihre Klimapolitik aus. Auch die anschließenden Politikvorschläge der Kommission bewerteten die Umweltverbände einhellig als schwach und wenig ambitioniert.

### Herausforderungen: Klimawandel, Importabhängigkeit, Preise

Nach Ansicht der Kommission sind Klimawandel, Importabhängigkeit von Energieträgern wie Öl und Gas sowie höhere Energiepreise die Herausforderungen, denen sich die EU in der Zukunft stellen muss. Da die derzeitige EU-Energiepolitik diesen Anforderungen nicht gewachsen ist, schlägt die Kommission ein Bündel von Maßnahmen vor, mit denen sie den Herausforderungen begegnen möchte. Das Maßnahmenpaket soll die Nachhaltigkeit der EU-Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der EU langfristig gewährleisten. Dazu muss die EU energieeffizienter werden. Die Kommission ruft zu einer „neuen industriellen Revolution“ und zu Wirtschaftswachstum auf Grundlage CO<sub>2</sub>-armer Technologien auf.

### Kernziel: 20 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020

Das Kernziel, das mit Hilfe der vorgeschlagenen Maßnahmen erreicht werden soll, ist die Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von mindestens 20 Prozent bis 2020 und eine langfristige Reduzierung von 60-80 Prozent bis 2050.

Die Maßnahmen werden in der Mitteilung der Kommission skizziert und sollen in den nächsten Monaten in Form von Kommissionsmitteilungen und Gesetzesvorlagen umgesetzt werden.

### Anteil erneuerbarer Energien bis 2020: 20 Prozent

Im Fahrplan für Erneuerbare Energien schlägt die Kommission einen verbindlichen Anteil von 20 Prozent Erneuerbare Energien am Gesamtenergiemix bis 2020 vor. Wie dieses Ziel konkret umgesetzt werden soll, soll jeder Mitgliedstaat aufgrund der speziellen Gegebenheiten im Land selbst entscheiden. In nationalen Aktionsplänen sollen die Mitgliedstaaten ihre Strategien festhalten. Dabei können sie auch spezielle Ziele für die verschiedenen Sektoren Strom, Biokraftstoffe, Heizen und Kühlen setzen - sie müssen aber nicht. Damit blieb die Kommission hinter den Forderungen von Umweltverbänden zurück, die klare Sektorziele auf EU-Ebene als sinnvollste Lösung gefordert hatten.

### Eigenes Ziel für Biokraftstoffe

Allein für Biokraftstoffe fordert die Kommission ein EU-weites Ziel. Bis 2020 soll der Marktanteil von Biokraftstoffen 10 Prozent betragen. Biokraftstoffe stellen nach Ansicht der EU-Kommission derzeit die einzige Möglichkeit dar, die langfristige Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen im Verkehrssektor zu durchbrechen. Die Kommission schlägt vor, Anreize für die Ersetzung von Diesel und Benzin durch Biokraftstoffe zu schaffen z. B. Steuerbefreiung. Die Biokraftstoff-Richtlinie von 2003 soll verschärft werden, sodass das 2020-Ziel erreicht werden kann. Umweltprobleme bei der Biokraftstoff-Produktion räumt die Kommission ein, ohne diese jedoch weiter zu benennen. Um sie zu vermeiden schlägt sie Anreizmaßnahmen zur Entwicklung von Biokraftstoffen der zweiten Generation vor.

Dass die Kommission ausgerechnet für Biokraftstoffe ein eigenes Ziel vorgeschlagen hat, stieß bei Umweltverbänden und vielen Wissenschaftlern auf Unverständnis. Gerade hier, so argumentierten sie, gebe es große Umweltprobleme beim Anbau und beim Import der Rohstoffe. Auch sei die Verwendung von Biomasse in stationären Energieanlagen sehr viel effizienter und einer Umwandlung in Kraftstoff damit vorzuziehen.

### Europa energieeffizienter machen

Im Oktober letzten Jahres hat die Kommission den Aktionsplan Energieeffizienz angenommen. Der Aktionsplan ist Bestandteil des Energiepaketes. Das darin gesetzte Effizienzziel ist eine Verringerung des Primärenergieverbrauchs bis 2020 um

20 Prozent. Um dies zu erreichen schlägt die Kommission unter anderem die Verbesserung der Kraftstoffeffizienz von Fahrzeugen, höhere Standards und bessere Kennzeichnung von elektrischen und elektronischen Geräten, Verbesserung des Energieverbrauchs von Gebäuden, eine kohärente Anwendung von Besteuerung, die Verbesserung der Effizienz bei der Wärme- und Stromerzeugung sowie die Unterzeichnung eines internationalen Abkommens zu Energieeffizienz vor.

Kaum thematisiert wurde dagegen der Verkehrssektor, der in der EU mittlerweile knapp ein Viertel der Energie verbraucht und mit Abstand am stärksten wächst.

### CO<sub>2</sub>-Speicherung wichtiger Bestandteil der Energiestrategie

Eine Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen sieht die Kommission in naher und mittlerer Zukunft nicht. Da aber Kohle in der EU reichhaltig vorkommt und daher zur Verringerung der Importabhängigkeit beitragen könnte, müsse dieser Energieträger weiter genutzt werden. Dabei sei es aber notwendig, die verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich zu verringern, wozu Technologien zur Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff (Carbon Capture and Storage, CCS) entwickelt werden müssten. Nach Vorstellung der Kommission muss die EU durch ein klares Regelwerk und mehr Forschungsgelder die Entwicklung dieser Technologien begünstigen. Deshalb will die Kommission in den nächsten Jahren 12 Testprojekte zu CCS mit Forschungsgeldern unterstützen. Bis 2015 sollen hier Technologien erprobt und verbessert werden, die ab 2020 für alle neuen Kraftwerke verpflichtend sind und mit denen auch alte Kraftwerke nachgerüstet werden sollen. Ab 2020 sollte damit - nach den Vorstellungen der Kommission - eine nahezu emissionsfreie Stromerzeugung möglich sein. Umweltverbände lehnen CCS wegen hoher Kosten und Risiken ab.

### Vorzüge der Atomkraft hervorgehoben

Die Kommission erkennt an, dass die einzelnen Mitgliedstaaten über eine Nutzung von Kernkraft selbst entscheiden. Sie merkt auch an, dass ein Drittel des Stroms der EU in Kernkraftwerken erzeugt wird und sie die derzeit „größte Quelle CO<sub>2</sub>-freier Energie“ sei. Die Importabhängigkeit der EU sei in diesem Fall geringer, da es vergleichsweise viele verschiedene Anbieter von Uranerz gebe.

Nach Ansicht der Kommission ist Kernkraft eine finanzielle günstige Form der Stromerzeugung, da die Betriebskosten geringer seien als die anderer Kraftwerkstypen. Die Kommission weist darauf hin, dass Atomkraft die mögliche „Versorgungslücke“ beim Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern schließen könnte. Neue Atomkraftwerke, so die Kommission, böten Industrieländern eine wirtschaftliche Möglichkeit ihre Stromgrundlast zu decken.

Die EU werde gemäß EURATOM-Vertrag gewährleisten, dass höchste Sicherheitsstandards eingehalten werden. Dazu will die Kommission vorschlagen, ein Gremium mit Vertretern aus nationalen Nuklearaufsichtsbehörden einzurichten, um mit ihnen gemeinsame europäische Regeln für die Nuklearsicherheit und die Gefahrenabwehr zu entwickeln. Die EU will weiterhin Gelder für Forschung in Sicherheit und Endlagerung bereitstellen. Die Atommüll-Beseitigung soll eine Gemeinschaftsaufgabe sein.

Diese sehr positive Beurteilung der Atomkraft erntete bei Umweltverbänden großes Unverständnis. Die Kommission ignoriere nicht nur die ungelösten Probleme und großen Gefahren der Atomkraft, sondern auch die Tatsache, dass einige Länder einen Ausstieg beschlossen hätten.

### **EU-Energiepolitik durch internationale Verhandlungen stärken**

Die EU-Kommission gibt für die internationale Energiepolitik der EU zwei Maximen vor. Zum einen soll die Führungsrolle der EU bei internationalen Verhandlungen weiter gestärkt und dafür genutzt werden, ehrgeizige Klimaschutzziele und Maßnahmen zu vereinbaren. Zum anderen soll die EU in bilateralen Gesprächen über Energieimporte mit einer Stimme sprechen, um Partnerschaften zu vertiefen und neue Partner zu gewinnen.

Die EU werde in Zukunft „nur einen kleineren Teil der Treibhausgasemissionen verantworten“ müssen (2020 ca. 10 Prozent). Um den globalen Klimawandel erfolgreich zu beschränken, müsse die EU mit anderen Industrieländern und mit Schwellen- und Entwicklungsländern zusammenarbeiten. Bei internationalen Klimaverhandlungen soll die EU eine Führungsrolle übernehmen.

Klimawandel, Versorgungssicherheit und Technologietransfer werden als Kern-

punkte außenpolitischer Debatten genannt, in denen es strategisch notwendig sei, Beziehungen zu vertiefen und neue Beziehungen zu knüpfen. So könnten Importe von Energieträgern auf eine breitere Basis gestellt und die Abhängigkeit vermindert werden. Für den Erfolg dieser Gespräche sei es unbedingt notwendig, dass die EU mit einer Stimme spreche.

Die EU Kommission will auch - im Dialog mit anderen Ländern - Regeln für den internationalen Handel mit nachhaltig produzierten Biokraftstoffen und die Preisgestaltung von CO<sub>2</sub>-Emissionen aufstellen. Es soll ein internationales Abkommen über Energieeffizienz geschlossen werden. In Fragen der Nuklearsicherheit und der Nichtverbreitung von Atomwaffen will sich die EU-Kommission für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) einsetzen.

### **Energie- und Entwicklungspolitik kombinieren**

Die Integration der Europäischen Energiepolitik mit der europäischen Entwicklungspolitik stellt nach Ansicht der Kommission eine Win-Win-Situation dar. Entwicklungsländer könnten sofort saubere, effiziente Technologien nutzen, die „in echtem Wettbewerb“ nebeneinander eingeführt werden könnten.

### **Klares Bekenntnis zum Emissionshandel**

Die EU-Kommission betont, dass das europäische Emissionshandelssystem (ETS) das Schlüsselinstrument ist und bleiben muss, um das Ziel, die durchschnittliche Temperaturänderung durch Klimawandel unter 2° Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu halten, zu erreichen. Die derzeitige Überprüfung des ETS durch die Kommission soll neue Anreize aufzeigen, durch die Änderungen in der Energieerzeugung und -nutzung in Europa angeschoben werden können.

### **Europäischer Energiemarkt**

Weil der Bericht über die Verwirklichung des Erdgas- und Strom-Binnenmarkts die Defizite des Sektors deutlich aufgezeigt habe, schlägt die Kommission vor, den internen Energiemarkt weiter zu liberalisieren und Energieproduktion und Verteilungsinfrastruktur zu entflechten. Niedrige Energiepreise könnten nur so garantiert werden und notwendige Investitionen in die Energieinfrastruktur der Strom- und Gasnetze nur dann erfolgen. Zudem müssten

einheitliche und effektive Regeln auf EU-Ebene verabschiedet werden. Die EU-Kommission fordert den Ministerrat und das Europäische Parlament auf, diese zusätzlichen Maßnahmen für die Entflechtung zu unterstützen.

### **Appell an europäische Solidarität**

Da alle Mitgliedstaaten mehr oder weniger vom Gas- und Ölimport abhängig seien, müssten die Mitgliedstaaten gerade in Krisenzeiten solidarisch sein, fordert die Kommission. Zudem gelte es den Energiemix soweit wie möglich zu diversifizieren und dadurch Abhängigkeiten zu verringern. Der erhöhte Einsatz Erneuerbarer Energien sei hierzu ein Instrument. Die Kommission fordert Rat und Parlament auf, die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Falle einer Energiekrise zu stärken. Die Kommission hat vor, noch in diesem Jahr eine Mitteilung zu strategischen Lagerbeständen in der EU zu verabschieden.

### **Forschungsplan für „CO<sub>2</sub>-arme Technologien“**

Europas Energietechnologie muss nach Meinung der Kommission zwei Ziele verfolgen. Zum einen müssten die Kosten für saubere Energien verringert werden, zum anderen müsse die europäische Industrie den Spitzenplatz im Sektor zukunftsfähige Energietechnologie einnehmen. Deshalb will die Kommission im Laufe des Jahres einen Strategischen Energietechnologieplan vorlegen. In drei Etappen soll das europäische Energiesystem bis 2050 auf „kohlenstoffarme Energien“ umgestellt werden. Ein erster Schritt ist die 50-prozentige Erhöhung des Energieforschungs- und Innovationsbudgets von 574 Mio. Euro im Jahr auf 886 Mio. Euro und die Verdopplung der Mittel des Programms „Intelligente Energie - Europa“ auf jetzt 100 Mio. Euro im Jahr.

### **Nächste Schritte**

Nachdem die Kommission im Energiepaket eine Reihe unterschiedlicher Politikmaßnahmen vorgestellt hat, will sie innerhalb der nächsten 12 Monate entsprechende Mitteilungen und Vorschläge vorlegen. Im Arbeitsprogramm der EU-Kommission sind annähernd 30 Vorhaben zur Energiepolitik aufgelistet. Dann liegt es am EU-Ministerrat und dem Parlament diese Vorschläge zu beraten. ▼ Das Energiepaket wird eine Reihe von Ratsformationen beschäftigen, vor allem aber den Energieministerrat und den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs (siehe Kasten S. 22).

### Zeitplan zur Diskussion des Energiepaketes

- 22. Januar: EU-Außenministerrat
- 15. Februar: EU-Energieministerrat
- 19. Februar: EU- Ministerrat Wettbewerbsfähigkeit
- 20. Februar: EU-Umweltministerrat
- Parallel von Januar bis März: Debatte im Europäischen Parlament; Abstimmung über die Vorschläge der Kommission
- 5./6. März: EU-Außenministerrat (Zusammenführen der Debatte, Aktionsplan verabreden)
- 8./9. März: Europäischer Rat („EU-Gipfel“) soll Aktionsplan beschließen

Die Kommission fordert Ministerrat und Parlament dazu auf, die Reduktionsziele für Treibhausgase anzunehmen und nach einer multilateralen Lösung zu streben, die die EU verpflichten würde, die Treibhausgasemissionen um 30 Prozent bis 2020 zu reduzieren. Rat und Parlament sollen sich für einen freien Energiemarkt einsetzen und die vorgeschlagene Entflechtung von Energieproduktion und Energieverteilung unterstützen. (ut) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue J.-A. Demot, 24-28, B-1040 Brüssel

Alle Dokumente des Energiepakets:  
[www.ec.europa.eu/energy/energy\\_policy/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/energy/energy_policy/index_en.htm)

Stellungnahmen von Umweltverbänden:  
[www.eu-koordination.de/?page=23&id=119](http://www.eu-koordination.de/?page=23&id=119)

Siehe auch Editorial, Seite 3.

## Eurobarometer zur EU-Energiepolitik

### EU-Bürger/innen wollen Probleme auf nationaler Ebene lösen

Die meisten Europäer/innen wollen laut einer Eurobarometer-Umfrage nicht, dass Entscheidungen zu Energiefragen auf EU-Ebene getroffen werden. 42 Prozent der EU-Bürger/innen glauben, dass die nationale Ebene eher geeignet ist, schnelle und effektive Entscheidungen zu treffen und damit Probleme zu lösen. Die nationalen Entscheidungsträger seien außerdem näher an den Bürgern und daher effizienter. Zwölf Prozent halten die lokale Ebene für die geeignetste. Nur 39 Prozent wünschen sich die Entscheidungsgewalt auf der EU-Ebene. 2005 hatten noch 47 Prozent der Bürger ihr Vertrauen gegenüber der EU-Ebene ausgesprochen. Lediglich in den Niederlanden, in Dänemark, Italien und Belgien sprach sich die Bevölkerung jetzt noch mehrheitlich für die EU-Ebene aus.

### Energie soll billig sein

Auch die Bereitschaft, für Erneuerbare Energien höhere Kosten in Kauf zu nehmen, sank. 59 Prozent fühlen sich nicht in der Lage, dafür mehr zu zahlen. 2005 hatten lediglich 54 Prozent höhere Kosten für den Umweltschutz abgelehnt. Die EU-Kommission erklärte diese sinkende Bereitschaft mit den steigenden Energiepreisen. Immerhin 40 Prozent sprachen sich für Steueranreize aus, um die Energieeffizienz zu fördern.

### Atomkraft weiter wenig beliebt

Die Atomenergie ist nach wie vor die unbeliebteste Energiequelle bei den EU-Bürgern. Atomkraft war die unbeliebteste von neun Energiequellen. Die Zahl der Atomkraftgegner ist fast doppelt so hoch wie die Zahl der Befürworter. 37 Prozent lehnen die Atomkraft ab. Lediglich 20 Prozent befürworten sie. Die Ablehnung hat in den letzten 18 Monaten weiter zugenommen. Solar- und Windkraft sowie die Wasserstofftechnik werden wesentlich stärker unterstützt. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Vollständige Umfrage (PDF, 111 S., 1,9 MB):  
[www.ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_262\\_en.pdf](http://www.ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_262_en.pdf)

## ENERGY-STAR-Abkommen erneuert

### Effizienzkriterien für Bürogeräte: EU und USA wollen weiter Energie sparen

Die EU und die USA haben die Fortführung des ENERGY-STAR-Programms über die Energieeffizienz von Bürogeräten für weitere fünf Jahre beschlossen. Gegenstand des Abkommens sind Energieeffizienzkriterien für Computer, Kopierer, Drucker und Monitore. Insgesamt erhofft man damit, in den nächsten drei Jahren Strommengen in der Größenordnung von 30 Terawattstunden (TWh)<sup>1</sup> einzusparen. Das entspricht in etwa dem Stromverbrauch eines Landes wie Ungarn.

ENERGY STAR ist Teil der von der EU-Kommission verfolgten Strategie, die Energieeffizienz zu steigern und die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz weltweit gehandelter Güter zu stärken. Durch die Kennzeichnung der Geräte entsprechend den festgelegten Energieeffizienzkriterien soll das Programm Einkäufer und Verbraucher dazu ermutigen Strom sparende Geräte zu kaufen.

### EU will Energieeffizienzklasse A für Elektrogeräte verkleinern

EU-Energiekommissar Andris Piebalgs hat außerdem angekündigt, die europäischen Etikettierungsvorschriften für den Energieverbrauch von Elektrogeräten überarbeiten zu wollen. Demnach sollen dann nur noch 10 bis 20 Prozent der Produkte mit der Effizienzklasse A ausgezeichnet werden. Das System ist aus Umweltsicht hoffnungslos veraltet und bietet den Verbrauchern keinerlei Orientierungshilfe mehr. Gegenwärtig schmücken sich zum Beispiel fast 100 Prozent aller Kühlschränke mit der A-Note. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

EU-Kommission, Stephan Kolb, Generaldirektion Energie und Verkehr  
 eMail: [info@eu-energystar.org](mailto:info@eu-energystar.org)  
[www.eu-energystar.org/de](http://www.eu-energystar.org/de)

<sup>1</sup> Terawattstunde (TWh) = 10<sup>12</sup> Wh = 1 Milliarde kWh

## Nationale Allokationspläne: EU-Kommission mahnt Länder

### Treibhausgas-Zuteilungspläne für Industrie immer noch nicht vollständig

Auch über ein halbes Jahr nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Nationalen Allokationspläne (NAP) für die zweite Phase des europäischen Emissionshandels von 2008 bis 2012 liegen vier Pläne noch immer nicht vor. Die EU-Kommission hat Österreich, Italien, Dänemark und Ungarn nun einen letzten mahnenden Brief zukommen lassen. Sollten die säumigen Mitgliedstaaten ihre Pläne nicht zügig vorlegen, will die Kommission rechtliche Schritte einleiten. Die Kommission will außerdem Maßnahmen gegen sieben Mitgliedstaaten - darunter auch Deutschland - einleiten, die nur einen unvollständigen Bericht über ihre Fortschritte bei der Eindämmung der CO<sub>2</sub>-Emissionen vorgelegt haben.

### Deutschland wehrt sich gegen Korrekturforderungen

Ende 2006 hatte die EU-Kommission zehn Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Nationalen Allokationspläne (NAP) für die zweite Phase des Emissionshandelssystems zu überarbeiten (EUR 12.06/01.07, S. 25). Deutschland muss seine vorgeschlagene Emissionsobergrenze am deutlichsten nach unten korrigieren. Der deutsche Plan sah lediglich vor, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf 465 Millionen Tonnen zu reduzieren. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas verlangt aber eine Obergrenze von 453 Millionen Tonnen, also knapp drei Prozent weniger. Die deutsche Regierung bezeichnet die Kommissionsentscheidung als „nicht nachvollziehbar“ und setzt alle Hebel in Bewegung, um sie rückgängig zu machen.

Die EU-Kommission betont, sie habe alle Zuteilungspläne nach derselben Methode geprüft und fordere Korrekturen nach einheitlichen Kriterien. Würde sie zugunsten eines Mitgliedstaates von dieser Methode abweichen, wären die anderen Staaten automatisch benachteiligt.

### Kommission untersagt Freistellung von Kraftwerken

Die EU-Kommission will Deutschland auch verbieten, neuen Kraftwerken 14 Jahre lang pauschal die benötigten Zertifikate zur Verfügung zu stellen und diese damit von CO<sub>2</sub>-Reduktionsverpflichtungen zu befreien. Die Kommission bezeichnet diese Zuteilung als wettbewerbsverzerrend. Umweltverbände hatten die deutschen Zutei-

lungspläne als eine „Subvention von Klimakillern“ bezeichnet und kritisiert, dass auf diese Weise jeglicher Anreiz in CO<sub>2</sub>-ärmere Brennstoffe zu investieren zunichte gemacht werde. Deutschland schaffe auf diese Weise einen Anreiz für Investitionen in Kohlekraftwerke.

Unterdessen sank der Zertifikatepreis erneut auf ein Rekordtief. Anfang Januar lag der Preis für eine Tonne CO<sub>2</sub> bei nur 4,88 Euro. Damit ist der Preis seit April 2006 um 85 Prozent gefallen. Der Preisverfall ist in erster Linie auf die Überallokation von Zertifikaten und den warmen Winter zurückzuführen.

### Öko-Institut: Kohlekraftwerke blieben auch mit Versteigerung rentabel

Die deutschen Energieversorger haben damit gedroht, ihre zugesagten Kraftwerksinvestitionen auf Eis zu legen, falls die Kommission nicht von ihren Forderungen abrückt. Der WWF hat daraufhin vom Öko-Institut berechnen lassen, welche Folgen die Kommissionsauflagen hätten. Die Berechnungen zeigen, dass die Berücksichtigung der Kohlendioxid-Kosten die Investition in bestimmte Kraftwerkstypen in keinem Fall unrentabel macht. Selbst wenn die Zertifikate nur für weitere zwei Jahre verschenkt würden und dann zum Preis von 20 Euro je Tonne CO<sub>2</sub> erworben werden müssten, würde der Bau eines Braunkohlekraftwerks einen Zusatzgewinn von 233 Millionen Euro abwerfen. Bei einem Kohlekraftwerk bliebe noch ein Gewinn von 145 und bei einem Gaskraftwerk ein Gewinn von 58 Millionen Euro. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Regine Günther, Klimaschutz und Energiepolitik, Rebstockstr. 55, 60326 Frankfurt/M. Tel. 069-79144142, Fax -617221 eMail: guenther@wwf.de www.wwf.de/unsere-themen/klimaschutz

## Importabgabe für klimaschädliche Güter?

### De Villepin und Verheugen wollen Strafabbgaben einführen

Frankreichs Premierminister Dominique de Villepin und EU-Industriekommissar Günter Verheugen haben vorgeschlagen, Abgaben auf importierte Waren aus Ländern zu erheben, die das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet haben. Sie kritisieren die Wettbewerbsverzerrungen aufgrund ungleicher Klimaschutzverpflichtungen und schlagen eine Art Importumweltabgabe vor. Die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll seien für Unternehmen in Unterzeichnerstaaten ein zusätzlicher Kostenfaktor, der die Unternehmen in Nicht-Unterzeichnerländern nicht belaste.

### Mandelson will keine Strafabbgaben

EU-Handelskommissar Peter Mandelson erteilte jedoch jeglichen Strafmaßnahmen gegenüber Nicht-Unterzeichnerländern eine klare Absage. Diese seien mit den geltenden WTO-Regeln nicht vereinbar und praktisch nicht umsetzbar. So sei es nicht möglich festzulegen, welche Güter man besteuern müsse und welche nicht. So habe China das Protokoll zwar unterzeichnet, sei aber nicht zu Reduktionszielen verpflichtet. Hingegen hätten die USA das Kyoto-Protokoll zwar nicht unterzeichnet, jedoch hätten sich einige Bundesstaaten wie zum Beispiel Kalifornien ehrgeizige Klimaschutzziele gesteckt.

Mandelson plädiert stattdessen dafür, innerhalb der WTO eine Regel anzustreben, die sämtliche Zölle auf Umwelttechnologien und Energiespargeräte aufhebt, um sie für alle Länder leichter erreichbar zu machen. Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte hingegen die Pläne einer Umweltimportabgabe. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel Tel. 0032 2 / 289109-0, Fax -9 eMail: eeb@eeb.org www.eeb.org

## EU-Kommission: Flugverkehr in Emissionshandel aufnehmen

### Rasanten Wachstum des Flugverkehrs: Ab 2011 Zertifikate für EU-Flüge?

Die EU-Kommission hat im Dezember ein Konzept präsentiert, wie sie den Luftfahrtsektor in das Europäische Emissionshandelssystem einbeziehen will: Ab 2011 sollen Flüge innerhalb der EU, ab 2012 auch Flüge in die oder aus der EU am Handel teilnehmen müssen. Der Vorschlag ▼ sieht vor, eine Obergrenze für Emissionen auf dem durchschnittlichen Niveau der Jahre 2004 - 2006 zu setzen. Den Großteil der Zertifikate will die Kommission umsonst vergeben, lediglich 10 Prozent sollen per Auktion an die Fluglinien versteigert werden.

### Flugverkehrssektor mit rasantem Wachstum - Preissteigerung moderat

Mit dem Richtlinienvorschlag ▼ reagiert die Kommission auf die rasante Entwicklung des Flugverkehrs in den letzten Jahren. Zwar hat der Sektor zurzeit lediglich einen Anteil von 3-8 Prozent an den Gesamtemissionen der EU (je nach Berechnungsmethode), doch er wächst schnell: Seit 1990 sind die Emissionen des Flugverkehrs um 87 Prozent gestiegen. Da der Sektor nicht unter die Regelungen des Kyoto-Protokolls fällt, muss er bisher keine Reduktionsverpflichtungen erfüllen.

Stimmen die Mitgliedstaaten dem Vorschlag der Kommission zu, bleiben die Auswirkungen auf die Preise allerdings moderat: Ein Hin- und Rückflug innerhalb der EU würde sich lediglich um knapp zwei bis neun Euro verteuern. Für transkontinentale Flüge wäre der zusätzliche Preis je nach Entfernung etwas höher.

### T&E: Vorschlag zu schwach

Die europäische Umweltorganisation Transport & Environment (T&E) hält den Kommissionsvorschlag für zu schwach. Die Flugindustrie müsse ihre Emissionen lediglich um drei Prozent senken. Dies sei viel weniger als in anderen Sektoren und zu wenig, um nennenswerte Lenkungseffekte zu erzielen und somit den negativen Einfluss auf das Klima zu reduzieren. T&E kritisiert außerdem, dass die Kommission keine Optionen auf ergänzende Instrumente eröffnet hat, etwa eine Besteuerung des Flugzeugtreibstoffs Kerosin oder eine Abgabe auf die Flugtickets.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) fürchtet dagegen Wettbewerbsnachteile für europäische Fluglinien und kritisierte den Kommissionsvorschlag als „ökonomisch falsches Signal“. (ms) ■

### • Weitere Informationen

Vorschlag der EU-Kommission:  
[www.ec.europa.eu/environment/climat/pdf/aviation\\_ets\\_com\\_2006\\_818-21273\\_en.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/climat/pdf/aviation_ets_com_2006_818-21273_en.pdf)

European Federation for Transport and Environment (T&E), Jos Dings, 1 Rue de la Pépinière, B-1000 Brüssel  
 Tel. 0032 2 / 50299-09, Fax -08  
 eMail:  
[jos.dings@transportenvironment.org](mailto:jos.dings@transportenvironment.org)  
[www.transportenvironment.org](http://www.transportenvironment.org)

Stellungnahme von T&E:  
[www.transportenvironment.org/Article337.html](http://www.transportenvironment.org/Article337.html)

## Klimawandel schlimmer als gedacht

### Neuer IPCC-Bericht: Bis zu 4,5 Grad wärmer, extreme Wetterphänomene

Der neue Bericht des UN-Expertengremiums IPCC (International Panel on Climate Change) geht von einer weiteren Erderwärmung von 2 bis 4,5 Grad in den nächsten 100 Jahren aus. Am wahrscheinlichsten sei eine Erwärmung um drei Grad. Dazu kämen extreme Phänomene wie Dürren, Hitzewellen und extrem starke Niederschläge mit Überschwemmungen. Generell würden Niederschläge in den trockenen Regionen abnehmen und in den feuchten zunehmen. Der UN-Bericht, der von 2500 Klimaforschern erstellt wurde, wurde Anfang Februar veröffentlicht.

### Auch Ozeane betroffen: Erderwärmung kann nicht mehr verhindert werden

Der Bericht lässt keinen Zweifel an der Tatsache der Erderwärmung. 2005 und 1998 waren die wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnung der Klimadaten. Die letzten sechs Jahre gehörten zu den sieben heißesten seit 1850. Nicht nur die Luft über dem Land, sondern auf die Temperatur der Ozeane ist seit 1955 leicht gestiegen. Aus Messungen der Eismassen wird geschlossen, dass deren Rückgang den Wasserspiegel der Meere schon messbar ansteigen ließ. Ein Teil der Erderwärmung könne schon nicht mehr verhindert werden, hieß es. Selbst wenn der Ausstoß der Treibhausgase sofort eingestellt würde, würden die Temperaturen noch um durchschnittlich 0,5 Grad ansteigen.

### Ein Drittel mehr CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre

Der Klimawandel ist nach Ansicht des IPCC mit 90-prozentiger Wahrscheinlichkeit durch menschliche Einwirkungen entstanden. In seinem letzten Bericht hatte das Wissenschaftlergremium die Erderwärmung nur mit 68-prozentiger Wahrscheinlichkeit auf anthropogene Ursachen zurückgeführt. Durch Bohrkerne im Polarkreis konnte ermittelt werden, dass in den zurückliegenden 650.000 Jahren die Menge an CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre zwischen 200 und 280 ppm (Millionstel Teilen) schwankte. Derzeit liegen die Werte laut IPCC bei 379 ppm. In 50 Jahren könnten sie schon bei 500 ppm liegen. (tl) ■

### • Weitere Informationen

[www.klimainfo.ch](http://www.klimainfo.ch)

## Newsticker

### **7. Forschungsrahmenprogramm: Mehr Geld für Erneuerbare**

Der EU-Ministerrat hat sich im Dezember darauf geeinigt, über 50 Prozent des für nicht-atomare Forschung vorgesehenen Geldes aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm für erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu verwenden. Damit stehen bis 2013 mindestens 1,175 Milliarden Euro für diese Bereiche zur Verfügung. Das Europäische Parlament hatte Ende November noch mindestens 2,4 Milliarden für Erneuerbare Energien gefordert. Insgesamt stehen dem Forschungsrahmenprogramm 54 Milliarden Euro zur Verfügung. Das EURATOM-Programm für nukleare Forschung erhält für die nächsten fünf Jahre bis 2011 insgesamt 2,7 Milliarden Euro. Die Gelder sollen unter anderem auch für die Kernfusionsforschung ausgegeben werden. (tl)

Quelle: Euractiv 19.12.06

### **Regionen wollen mehr Energieeffizienz und Erneuerbare**

Der Ausschuss der Regionen, der Europäische Verband der Regionalen Energie- und Umweltagenturen und die Versammlung der Regionen Europas haben sich auf verbindliche Ziele für mehr Energieeffizienz und Erneuerbare Energien festgelegt. Die Regionen formulierten dabei jeweils auf ihre Region zugeschnittene Ziele. So verpflichtet sich die Region Kalmar in Schweden, bis spätestens 2050 frei von fossilen Brennstoffen zu sein. Die Region Navarra in Spanien will bis 2020 drei Viertel des Stroms aus Erneuerbaren Energiequellen beziehen. (tl)

Quelle: Euractiv 11.12.06

### **Wissenschaftler erwarten Hitzerekorde für 2007**

Britische Wissenschaftler erwarten dieses Jahr eine erneute Hitzewelle. 2007 könnte alle bisherigen Temperaturrekorde weit übertreffen und das bisherige Rekordjahr 1998 als Nummer Eins ablösen. Als Grund für ihre Annahme führen die Forscher vor allem den Klimawandel an. Zusätzlich erwarten sie, dass das Wetterphänomen El Niño (Meeresströmungs-Anomalie im Mittelpazifik) sowie die Sonnenaktivitäten besonders stark ausfallen. Das Jahr 2006 war das fünftwärmste Jahr seit Beginn der Temperaturlaufzeichnungen. (ms)

Quelle: [www.metoffice.gov.uk/corporate/pressoffice/2007/pr20070104.html](http://www.metoffice.gov.uk/corporate/pressoffice/2007/pr20070104.html)

### **USA: Umweltausschuss-Vorsitzende im Senat will neue Klimapolitik**

Die neue Vorsitzende des Umweltausschusses im US-Senat, Barbara Boxer, hat einen grundlegenden Wechsel in der US-Klimapolitik gefordert. „Wenn Amerika die führende Weltmacht sein will, müssen wir auch hier handeln“, sagte die demokratische Parlamentarierin aus Kalifornien. Das Thema Klimawandel solle oberste Priorität im Ausschuss erhalten. Die konservative Regierung Bush lehnt strengere Umweltgesetze vor allem mit Verweis auf das Wirtschaftswachstum ab. Senatorin Boxer setzt nun auf die neuen demokratischen Mehrheiten im US-Kongress und das wachsende Umweltbewusstsein der Bürger/innen des Landes. (tl)

Quelle: dpa 6.12.06



## EU-Agrarpolitik muss Artenvielfalt berücksichtigen

### EU führt Feldvogel-Indikatoren ein - Agrarlobby kam nicht durch

Seit Anfang des Jahres müssen die Förderprogramme der ländlichen Entwicklung in Deutschland die Situation und Bestandsentwicklung von Feldvogelarten berücksichtigen. Kurz vor dem Jahreswechsel hat die EU-Kommission in einer Durchführungsverordnung beschlossen, dass die Agrarpolitik in Zukunft u. a. anhand des Zustands der Artenvielfalt bewertet werden muss. Trotz des anhaltenden Widerstands u. a. aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium hat sich die EU auf einen Feldvogelindikator verständigt, der in Abstimmung mit BirdLife International erarbeitet wurde.

Bund und Länder müssen nun in ihren Entwicklungsplänen für den ländlichen Raum neben den Zielen ihrer Agrarpolitik regelmäßig konkrete Angaben zum Zustand von zehn ausgewählten Feldvogelarten machen. Die Bestandsdaten der Feldvögel werden überwiegend von ehrenamtlich tätigen Vogelkundlern auf rund 1.000 repräsentativen Monitoringflächen erhoben.

### NABU: Agrarfördermittel stärker an ökologische Leistungen binden

Die meisten Feldvögel leiden unter besonders starken Bestandsrückgängen, wobei die Landwirtschaft für den Rückgang der Vögel der Agrarlandschaft die Hauptrolle spielt. Der deutsche BirdLife-Verband NABU hält es deshalb für dringend erforderlich, die ländlichen Förderprogramme stärker auf ökologische Leistungen auszurichten. Der Feldvogelindikator müsse dazu beitragen, dass künftig nur noch Förderprogramme bewilligt werden, die einen Beitrag zum Schutz von Natur und Umwelt leisten, forderte der Verband. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

NABU, Agrarreferent Florian Schöne, Invalidenstr. 112/115, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 284984-26  
eMail: [florian.schoene@nabu.de](mailto:florian.schoene@nabu.de)  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)

Quelle:

[www.nabu.de/m05/m05\\_03/06042.html](http://www.nabu.de/m05/m05_03/06042.html)

## Deutschland will Trendwende im Biodiversitätsschutz

### Tagung zur biologischen Vielfalt: Zahlreiche Experten-Vorschläge

Die Folgen des Rückgangs der biologischen Vielfalt sollten weltweit stärker in das öffentliche Bewusstsein getragen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft enger eingebunden werden. Das sind die wichtigsten aus einer Reihe von Empfehlungen an die Politik, mit denen im Dezember in Berlin eine dreitägige Expertentagung zu Ende ging. Veranstalter der Tagung zur Vorbereitung des UN-Naturschutzgipfels im Mai 2008 in Bonn war das Bundesumweltministerium.

### „Kosten des Artenverlusts aufzeigen“

Die Experten empfehlen u. a. eine bessere Verzahnung mit den anderen Umweltkonventionen, insbesondere der Klimarahmenkonvention, sowie eine stärkere Integration von Biodiversitätsfragen in alle relevanten Politikbereiche, wie Landwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Welthandel. Ein ständiger Ausschuss soll den schwerfälligen und bürokratischen Vorbereitungsprozess für Vertragstaatenkonferenzen effizienter gestalten. Ein unabhängiges Wissenschaftsgremium, ähnlich dem IPCC für Klimafragen, soll eingerichtet werden, um die Politikberatung zu verbessern. Zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für den weltweiten Biodiversitätsverlust empfehlen die Experten die Untersuchung der volkswirtschaftlichen Kosten für unterlassene Biodiversitätsschutzmaßnahmen und den dadurch entstehenden Verlust von Ökosystemleistungen.

Staatssekretär Matthias Machnig unterzeichnete auf der Tagung die „Countdown-2010“-Deklaration. Damit verpflichtet sich das Bundesumweltministerium, seine Bemühungen für eine Trendwende bis 2010 zu verstärken und während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die Arbeiten an einem internationalen Meeresschutzgebietsnetz voranzutreiben. Zudem soll eine nationale Strategie zum Schutz der biologischen Vielfalt verabschiedet und Biodiversität zum Schwerpunktthema der deutschen EU- und G-8-Präsidentschaft gemacht werden. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

Quellen : BMU, 15.12.2006;  
[www.nd-online.de/artikel.asp?AID=102186&IDC=9](http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=102186&IDC=9)

## Wildvogelimport in die EU dauerhaft verboten

### Tier- und Artenschutzverbände fordern konsequente Umsetzung

Pro Wildlife, Vier Pfoten und der Deutsche Tierschutzbund haben die Entscheidung der EU-Kommission vom 11. Januar begrüßt, die Einfuhr von Wildvögeln dauerhaft zu verbieten. Ab 1. Juli dürfen nur noch Wildvögel in die EU importiert werden, die in ausgewählten Ländern in Gefangenschaft gezüchtet wurden. Den Tierschutzverbänden geht aber ein Einfuhrverbot für Wildvögel nicht weit genug. Sie fordern, das Verbot auf alle Ziervögel auszudehnen.

### Ausschlaggebend waren Gesundheitsbedenken

Ausschlaggebend für das endgültige Importverbot war ein Gutachten der Europäischen Lebensmittelbehörde, in dem große Gesundheitsrisiken durch Wildvogelimporte betont werden. Darüber hinaus bestätigten die Gutachter das Vorkommen massiver Tierschutzprobleme durch den internationalen Handel. Als Reaktion auf die Vogelgrippe erließ die EU - mit 87 % größter Vogelimporteureur - im Oktober 2005 zunächst ein befristetes Verbot, da der weltweite Wildvogelhandel als potenzieller Risiko-Faktor identifiziert worden war.

Der Erfolg des dauerhaften Einfuhrverbots hängt jetzt nach Ansicht der Arten- und Tierschutzverbände maßgeblich von einer konsequenten Umsetzung und dem Schließen vorhandener Schlupflöcher ab. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

Pro Wildlife e.V., Graefelfinger Str. 65, 81375 München  
Tel. 089 / 81299-507, Fax -706  
eMail: [mail@prowildlife.de](mailto:mail@prowildlife.de)  
[www.prowildlife.de](http://www.prowildlife.de)

Quellen:

[www.prowildlife.de](http://www.prowildlife.de)  
[www.tierschutzbund.de/02477.html](http://www.tierschutzbund.de/02477.html)  
[www.presseportal.de/story.htx?firmid=17477](http://www.presseportal.de/story.htx?firmid=17477)

## Newsticker

### Nach EU-Beitritt: Neue Agrarpolitik bedroht Wildvögel

In den neuen EU-Staaten sind viele wild lebende Tierarten durch die jetzt intensivere Landwirtschaft bedroht. Ein kürzlich erstellter Report von BirdLife International zeigt, wie sich unterschiedliche landwirtschaftliche Methoden auf die Vogelwelt auswirken. In neun Ländern, die der Europäischen Union im Jahre 2004 beigetreten sind, existiert immer noch eine große Zahl verschiedener Feldvogelarten, die anderswo in Europa mit seiner intensiven Landwirtschaft kurz vor dem Aussterben stehen. Sollte die EU-Agrarpolitik in den neuen Ländern unverändert übernommen werden, ist dort laut BirdLife mit einem erheblichen Rückgang der Vogelbestände zu rechnen. The Royal Society for the Protection of Birds (RSPB) und BirdLife International fordern deshalb die neuen EU-Staaten auf, ihre Bauern finanziell zu unterstützen, sodass traditionelle landwirtschaftliche Methoden beibehalten werden können. (bv)  
Quelle: taz 1.12.2006

### Rumänien und Bulgarien: WWF sieht Schlupflöcher für Artenschmuggel

Kurz vor dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU warnte der WWF davor, dass in diesen Ländern bei der Kontrolle des Artenhandels noch große Lücken im Sanktionssystem bestehen und zu wenig effektive Kontrollen an den Grenzen stattfinden. Der WWF fordert eine schärfere Gesetzgebung, mehr und gut ausgebildete Zöllner und eine bessere Zusammenarbeit der Artenschutzbehörden auf EU-Ebene. (bv)  
Quelle: WWF, 30.12.06

### Schutzgebiete für Regenwälder in Borneo und Brasilien

Die südostasiatischen Staaten Indonesien, Malaysia und Brunei haben sich Anfang Januar 2007 auf den grenzüberschreitenden Schutz der Regenwälder und die Einrichtung von Schutzgebieten geeinigt. Ein 220.000 km<sup>2</sup> großes Netzwerk aus Schutzzonen und nachhaltig genutzten Wäldern soll entstehen, was der Fläche von Großbritannien entspricht und etwa 6 % der weltweiten Biodiversität beheimatet. Bereits Anfang Dezember 2006 hatte die brasilianische Regierung verkündet, 16,4 Mio. ha Regenwald unter Schutz zu stellen. Das Forests and the European Union Resource Network (FERN) bezeichnete die Regierungsinitiativen als Schritte in die

richtige Richtung, wies aber darauf hin, dass der Raubbau an den Urwäldern in Südostasien und Südamerika unvermindert weitergehe und durch das EU-Biokraftstoffziel noch verstärkt werde. (tf, mb)  
Quellen: WWF, 5.12.06, 12.01.07, www.fern.org

### EU und Indonesien beginnen Gespräche über illegalen Holzimport

Die EU und Indonesien wollen beim Import von illegal geschlagenem Holz härter durchgreifen. Ziel eines gemeinsamen Übereinkommens ist ein Aktionsplan, mit dem ein freiwilliges bilaterales Lizenzsystem aufgebaut werden soll, um nur noch legal geschlagenes Holz in die EU zu importieren. Zudem soll das System den lokalen Kommunen helfen, nur nachhaltiges Holz zu produzieren. Derzeit wird der Anteil illegal geschlagenen Holzes auf 70 % bis 80 % geschätzt. Indonesien ist das dritte Land nach Malaysia und Ghana, das mit der EU entsprechende Verhandlungen geführt hat. In diesem Jahr stehen Gespräche mit Kamerun, Liberia und Ecuador an. (bv)  
Quellen: ENDS Europe Daily, 11.01.07  
www.europeanvoice.com/current/article.asp?id=27066

### Studie: LIFE und europäische Wälder

Die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission hat eine neue LIFE-Focus-Publikation zu europäischen Wäldern herausgebracht. Sie liefert Hintergrundinformationen über den Forstsektor der EU und Details dazu, wie das EU-Förderprogramm LIFE zur Waldsanierung, zu mehr Waldbiodiversität, zu besserem Forstmanagement sowie zur Bildung von Partnerschaften zum Schutz und zur Verbesserung von Wäldern beitragen konnte. Zudem werden beispielhafte Projekte aus Österreich, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien in der Studie dargestellt. (bv)  
www.ec.europa.eu/environment/life/infoproducts

### Maßnahmen gegen illegale Vogeljagd, FFH- und Vogelschutz-Richtlinie

Die EU-Kommission hat Mitte Dezember rechtliche Schritte gegen Spanien, Italien und Österreich eingeleitet, deren Jagdregelungen der EU-Vogelschutzrichtlinie zuwiderlaufen. Diese Mitgliedstaaten gestatten laut Kommission das unzulänglich kontrollierte Jagen von Vögeln und stellen dadurch den Schutz der betreffenden Vogelarten in Frage. Spanien und Österreich erhielten ein erstes Mahnschreiben, gegen

Italien werden bereits gerichtliche Schritte eingeleitet. Mitte Januar verurteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) Irland für das Versäumnis, nach der FFH-Richtlinie gefährdete Arten adäquat zu schützen. Österreich erhielt einen Tadel wegen Mängeln bei der FFH und der Vogelschutz-Richtlinie. (bv)  
Quellen: ENDS Europe Daily, 12.01.07  
www.europa.eu/rapid (Reference IP/06/1766)

■

## EU-Parlament beschließt Abgasnormen Euro 5 und 6

### Schadstoffärmere Pkw: Euro-5-Norm gilt ab 2009, Euro 6 ab 2014

Das Europäische Parlament hat Mitte Dezember der nächsten Stufe zur Begrenzung der Abgase von Pkw und Großraumlimousinen (Vans) bis 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht zugestimmt. Zuvor hatten sich Parlamentarier/innen und der Verkehrsministerrat auf einen Kompromiss geeinigt. Die Verordnung sieht neue Euro-5-Normen für Feinstaub, Kohlenwasserstoff und Stickoxide (NO<sub>x</sub>) ab 2009 und noch strengere Euro-6-Normen für Stickoxide ab 2014 vor.

Das Europaparlament billigte den Euro-5-Grenzwert für NO<sub>x</sub> von 60 Milligramm pro Kilometer für Benzin-betriebene Autos und 180 mg/km für Dieselfahrzeuge. Das Limit für Benzin-Pkw bleibt damit um 10 mg unter dem Vorschlag des Umweltausschusses. Auch für die Euro-6-Norm folgten die Parlamentarier/innen dem Ratsvorschlag und stimmten für Grenzwerte von 60 mg/km für Benzin- und 80 mg/km für Dieselfahrzeuge.

### Umweltverbände kritisieren Zurückbleiben hinter US-Normen

Das Europäische Umweltbüro (EEB) und der europäische Umweltverband Transport and Environment (T&E) kritisierten das Parlamentsvotum. Der Beschluss sei „eine vertane Chance für sauberere Luft in Europa“, hieß es beim EEB. Die Hoffnung liege nun bei den Mitgliedstaaten, die mit Steueranreizen dafür sorgen könnten, dass es eher umweltfreundlichere Autos gebe. T&E bemängelte vor allem den späten Zeitpunkt, zu dem Euro 5 und 6 in Kraft treten sollen. Die USA seien viel weiter. Dort liegt der Grenzwert für Stickoxid bereits heute bei 40 mg/km. Damit ist der erst in acht Jahren gültige Euro-6-Grenzwert schwächer als der heutige US-Standard. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

European Federation for Transport and Environment (T&E), Jos Dings, 1 Rue de la Pépinière, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 50299-09, Fax -08  
eMail:  
jos.dings@transportenvironment.org  
www.transportenvironment.org

## Zugfahren in Europa 23-mal sicherer als Autofahren

### Briten fahren am sichersten, Deutsche sind Mittelmaß

Das Risiko, beim Autofahren ums Leben zu kommen, ist in Griechenland am größten. In Großbritannien gehen Autoinsassen pro zurückgelegtem Personenkilometer das geringste Todesrisiko ein. Deutschland belegt innerhalb der „alten“ EU-Staaten (EU-15) in der Gefährlichkeitsrangliste knapp vor Italien Platz 6. Dies haben Berechnungen der Allianz pro Schiene ergeben, die auf aktuellen Zahlen der EU-Kommission beruhen.

### „Schienenverkehrsförderung ist aktiver Menschen- und Klimaschutz“

Noch sicherer als Autofahren in Großbritannien ist in allen EU-Ländern das Zugfahren. Das Todesrisiko beim Zugfahren sei pro zurückgelegtem Kilometer EU-weit 23-mal geringer als im Auto, sagte Allianz-pro-Schiene-Geschäftsführer Dirk Flege. Angesichts der neuen Zahlen aus Brüssel müsse Deutschland die angekündigten Verkehrssicherheitsaktivitäten „verkehrs-trägerübergreifend planen und nicht nur isolierte Straßenverkehrsmaßnahmen ergreifen“. Eine stärkere EU-weite Förderung des Schienenverkehrs sei „praktizierter Menschenschutz und unter Klimaschutzaspekten ohnehin geboten“, betonte Flege.

In der EU-25 sterben nach statistischen Angaben jährlich mehr als 41.000 Menschen durch den Straßenverkehr. In Deutschland sind 2005 sieben Bahnreisende und etwa 3.800 Pkw-Insassen gestorben. Für die EU weist die jetzt erschienene Publikation „Energy & Transport in Figures 2006“ das Jahr 2004 als das aktuellste aus. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Allianz pro Schiene, Geschäftsführer Dirk Flege, Reinhardtstr. 18, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 246 2599-40, Fax -29  
eMail:  
dirk.flege@allianz-pro-schiene.de  
www.allianz-pro-schiene.de

## EU-Kommission streitet über CO<sub>2</sub>-Emissionen von Pkw

### Industriekommissar Verheugen gegen Umweltkommissar Dimas

Die Europäische Kommission hat eine Mitteilung über eine Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Pkw bereits zum zweiten Mal verschoben. Die Mitglieder der Kommission können sich in wesentlichen Punkten nicht einigen. In erster Linie geht es um die Frage verbindlicher Regelungen für die Automobilhersteller.

### Verheugen: Fahrverhalten umstellen

Umweltkommissar Stavros Dimas fordert, für das Jahr 2012 einen maximalen Ausstoß von 120 g/km CO<sub>2</sub> für Neuwagen zu erlauben - und liegt damit auf der Linie der europäischen Umweltorganisationen. Industriekommissar Günter Verheugen hält rechtlich verbindliche Regelungen für falsch. Damit werde der Automobilindustrie eine zu hohe Belastung auferlegt. Verheugen fordert stattdessen, die einzelnen Autofahrer stärker in die Verantwortung zu nehmen, um etwa eine sparsamere Fahrweise zu erreichen.

### Gabriel unterstützt Dimas

Unterdessen schlug sich der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel auf die Seite von Umweltkommissar Stavros Dimas. Man brauche klare und rechtlich verbindliche Ziele, sagte Gabriel bei einer Rede im Europäischen Parlament am 22. Januar.

### Selbstverpflichtung gescheitert

Mit ihrer Mitteilung reagiert die Kommission auf das absehbare Scheitern der freiwilligen Selbstverpflichtung der Automobilindustrie, die zugesagt hatte, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2010 auf 140 g/km zu senken. Momentan liegt der durchschnittliche Wert bei über 160 g/km.

### Gesetzgebungsverfahren verzögert

Wann die verschobene Mitteilung veröffentlicht werden soll, war bei Redaktionsschluss noch offen. Ebenso unklar war, ob damit auch der folgende Zeitplan durcheinander gerät. Eigentlich will die Kommission noch vor der Sommerpause einen Vorschlag ▼ vorlegen, der dann in der zweiten Jahreshälfte in Parlament und Ministerrat diskutiert werden kann. (ms) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Reuters, 22.01.07

## Newsticker

### EU-Kommission will einheitliche Regeln für Gefahrguttransporte

Nach einem Vorschlag ▼ der Europäischen Kommission sollen die Vorschriften für die Beförderung gefährlicher Güter vereinheitlicht und so benutzerfreundlich wie möglich gemacht werden. Dabei sollen die bisher geltenden Regeln in einer einzigen EU-Rechtsvorschrift gebündelt werden, die dann für alle drei Verkehrsarten gilt: Straßenverkehr, Schienenverkehr und Binnenschifffahrt. Nach Angaben von Verkehrskommissar Jacques Barrot werden jährlich eine Milliarde Tonnen gefährlicher Güter in der EU transportiert. Dabei gelten überall unterschiedliche Regeln, die mit dem neuen Vorschlag zu einem einzigen Rechtsakt zusammengefasst und auf die Binnenschifffahrt ausgedehnt werden sollen. (mbu)

● Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Brüssel, Tel. 0032 2 / 29-80300, [www.ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/index\\_de.html](http://www.ec.europa.eu/dgs/energy_transport/index_de.html)

### „EU-Bahnpolitik fördert Großprojekte statt Regionalverkehr“

Der Internationale Verband für öffentliches Verkehrswesen (UITP) hat die Bahnpolitik der EU als „nachteilig für Pendler“ kritisiert. Die starke Ausrichtung der EU auf internationale Schienenprojekte könnte der Entwicklung guter Bahnverbindungen in die Vororte im Wege stehen. Diese sind aber aus Sicht des UITP Voraussetzung dafür, dass die europäischen Städte die verkehrsbedingten Umweltprobleme in den Griff bekommen. Im Zentrum der Kritik des Verkehrsverbandes steht das dritte Eisenbahnpaket, das die EU-Kommission im März 2004 vorgeschlagen hatte und das Mitte Januar in die zweite Lesung ▼ des Europäischen Parlaments geht. Die UITP-Experten bemängeln vor allem, dass Pendler oder Nutzer von Vorort- und Regionalzügen im Gesetzespaket nicht erwähnt werden, obwohl dies neunmal mehr Fahrgäste sind als die Nutzer nationaler oder internationaler Fernstrecken. (mbu) [www.uitp.com](http://www.uitp.com)

### EU will Rumänien Zulassungsgebühr für Import-Pkw untersagen

Das neue EU-Mitglied Rumänien will die Zulassungsgebühr für importierte Autos beibehalten. Das bestätigten im Januar das Finanz- und das Umweltministerium in Bukarest. Die Erstzulassungsgebühr wurde

vor kurzem eingeführt, um den Import alter Gebrauchtwagen zum Schutz der Umwelt zu erschweren, hieß es zur Begründung. Die Gebühr beträgt je nach Hubraum bis zu 7.500 Euro. Die EU-Kommission prüft zurzeit, ob sie ein Strafverfahren einleitet. Die Zulassungsgebühr könnte der rumänischen Autoindustrie einen unzulässigen Wettbewerbsvorteil verschaffen, hieß es zur Begründung. (mbu)  
Quelle: dpa, 12.1.2007

### Studie: 2050 fahren weltweit drei- oder viermal so viel Autos wie heute

Bis 2050 wird die derzeitige Zahl von weltweit rund 600 Millionen Autos auf 1,4 bis 2,7 Milliarden ansteigen. Das hat eine Studie des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) ergeben, die im November präsentiert wurde. Das bedeutet auch, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen sich bis 2050 entsprechend erhöhen werden. Je nach Szenario kommt die Autorin der Studie auf unterschiedliche Zahlen. Den Berechnungen lagen u. a. Daten aus China und den USA zu Grunde. (mbu)

● Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), [www.wifo.ac.at](http://www.wifo.ac.at)

### Verkehrs-Verbände mit Forderungen an deutsche Ratspräsidentschaft

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat zusammen mit seinem europäischen Partnerverband Transport & Environment (T&E) Forderungen für die deutsche Ratspräsidentschaft veröffentlicht. Dazu gehören:

- CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Autos/Lieferwagen;
- Aufnahme des Luftfahrtsektors in das EU-Emissionshandelssystem;
- Überarbeitung von EU-Biokraftstoffrichtlinie und EU-Treibstoffqualitätsrichtlinie;
- Überarbeitung der EU-Richtlinie zu Reifenlärm. (jg)

Forderungen: [www.eu-koordination.de/PDF/T&E\\_%20Praesidentschaft.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/T&E_%20Praesidentschaft.pdf)

### Neues Organigramm der Generaldirektion Energie und Verkehr

Die Generaldirektion Energie und Verkehr der Europäischen Kommission hat ihren neuen Organisationsplan im Internet veröffentlicht. (mbu)

[www.ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/matthias\\_ruete/doc/dg\\_tren\\_organisation\\_chart\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/dgs/energy_transport/matthias_ruete/doc/dg_tren_organisation_chart_de.pdf)



### Dokumentation Erwartungen an die Gewässerschutzpolitik

Von Michael Bender und Tobias Schäfer,  
Grüne Liga/DNR-Gesprächskreis Wasser

#### EG-Wasserrahmenrichtlinie und Biodiversität

Den Gewässerläufen und Flussauen kommt als Lebensräumen und Ausbreitungs-Korridoren eine herausragende Rolle zu - innerhalb des Natura-2000-Netzes und darüber hinaus. Der Schutz dieser Lebensräume konkurriert klassischerweise mit den Zielen von Gewässerausbau und -unterhaltung sowie mit dem Hochwasserschutz. Die im Jahr 2000 verabschiedete Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) vollzieht einen Paradigmenwechsel in der europäischen Wassergesetzgebung: Sie schreibt den „guten ökologischen Zustand“ der Oberflächengewässer als zentrales Ziel fest und führt den Ökosystem-Ansatz in die Gewässerbewirtschaftung ein. Zudem sieht sie eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung vor.

Die Wasserrahmenrichtlinie integriert die Schutzziele gewässerbezogener Schutzgebiete explizit in die Bewirtschaftungsplanung. Damit erwächst der Wasserwirtschaft die Verpflichtung, einen aktiven Beitrag zum Erhalt des Natura-2000-Netzwerks zu leisten. Damit diese Verpflichtung greifen kann, ist es allerdings erforderlich, die Schutzziele für die gewässerbezogenen Natura-2000-Gebiete durch Managementplanungen zu konkretisieren.

Ein großes Defizit besteht noch immer in der mangelhaften Einbindung des Hochwasserschutzes in den Ansatz eines integrierten Flussgebietsmanagements. Daneben stellen Ausbauplanungen für Wasserstraßen im Rahmen der Transeuropäischen Netze (TEN-T) immense Bedrohungen gerade der ökologisch wertvollsten Abschnitte der größten Flüsse Europas dar.

#### Hochwasserrisikorichtlinie

Auf europäischer Ebene wird derzeit über den Entwurf einer Richtlinie zum Hochwasserrisikomanagement beraten, über die im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft zwischen EU-Parlament und Ministerrat eine Einigung erzielt werden soll. Eine zentrale Forderung der europäischen und deutschen Umweltverbände ist es, die Maßnahmen aus der Hochwas-

ser-Richtlinie an den Bewirtschaftungszielen der Wasserrahmenrichtlinie auszurichten. Bewirtschaftungspläne und Hochwasserschutzpläne für dieselben Gewässer dürfen nicht unabhängig voneinander erarbeitet werden und konkurrierende Festlegungen enthalten. Die Erfahrungen mit der bisherigen Praxis in den Bundesländern lassen befürchten, dass ansonsten Planungen und Maßnahmen zum Hochwasserschutz regelmäßig die Ziele von Gewässer- und Naturschutz konterkarieren würden. Dies wäre ein Rückschritt, der die gelungene Integration von Naturschutz und Wasserwirtschaft durch die Wasserrahmenrichtlinie gefährden würde. Vorsorgemaßnahmen wie der Wiedergewinnung natürlicher Wasserretentionsgebiete in Auen muss der Vorrang vor technischen Maßnahmen eingeräumt werden. Damit böten sich auch Chancen für wichtige Beiträge zum Schutz der Artenvielfalt.

#### Interkalibrierung

Für die Beurteilung des Handlungsbedarfs an den Gewässern ist von zentraler Bedeutung, mit welcher Datengrundlage und Methodik der ökologische Zustand der Gewässer beurteilt wird. Die Bewertungsverfahren werden auf europäischer Ebene im Rahmen der sog. „Interkalibrierung“ harmonisiert. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte sich dafür einsetzen, dass dieser sich derzeit verzögernde Prozess zügig fortgeführt wird und tatsächlich alle biologischen Qualitätskomponenten umfasst, die laut Richtlinie für die Beurteilung des ökologischen Zustands vorgesehen sind. Anderenfalls stünde in Frage, wie eine EU-weit abgestimmte Gewässerbewirtschaftung im Sinne des Ökosystem-Ansatzes gewährleistet werden kann.

#### Deutschland sollte im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft:

1. im Prozess der Abstimmung mit dem Europäischen Parlament dafür eintreten, dass sich die Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie an den ökologischen Bewirtschaftungs-Vorgaben und an dem Zeitplan der Wasserrahmenrichtlinie ausrichtet und den Vorrang nichttechnischer Maßnahmen gewährleistet.“
2. als Gastgeber des Treffens der europäischen Wasserdirektoren, auf dem Aspekte der Gemeinsamen Umsetzungsstrategie (Common Implementation Strategy - CIS) zur WRRL beraten werden, dafür eintreten, dass die ambi-

tionierten Umweltziele der WRRL nicht durch großzügige Auslegung von Ausnahmetatbeständen gefährdet werden.

3. einen gemeinsamen Standpunkt ▼ des Rates zur Prioritäre-Stoffe-Richtlinie anstreben, die EU-weite Emissionsbegrenzungen für prioritäre Stoffe vorsieht. Emissionsbegrenzungen sind neben Immissions-Grenzwerten die zentralen Bestandteile des „kombinierten Ansatzes“ der WRRL. Der Richtlinienentwurf der EU-Kommission verzichtet jedoch auf emissionsbezogene Vorgaben auf EU-Ebene und gibt damit den von der WRRL intendierten Ansatz auf.

#### • Weitere Informationen

DNR-Gesprächskreis Wasser/Grüne Liga  
Bundeskontaktstelle Wasser, Michael Bender, Tobias Schäfer, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33  
eMail: wasser@grueneliga.de  
www.wrri-info.de

## Umweltministerrat entschied über Meeresrichtlinie

### Naturschutzverbände sehen Meeresschutz gefährdet

Am 18. Dezember hat der EU-Umweltministerrat in erster Lesung ▼ eine Einigung über die EU-Meeresstrategie-Richtlinie erzielt. Umweltverbände kritisieren die vom Umweltrat getroffenen Änderungen des Richtlinienentwurfs.

### „Anstreben“ statt „erreichen“

Zum einen, so hieß es beim WWF, werde die Substanz der Richtlinie durch eine abgeschwächte Wortwahl bezüglich der Erreichung des „guten Umweltzustandes“ unterminiert („aim to achieve“ statt tatsächlich „achieve“). Zum anderen schränkten die Änderungen des Rates die Maßnahmen zum Schutz der marinen Umwelt auf „angemessene und praktikable“ Maßnahmen ein, die keine „unverhältnismäßigen Kosten“ verursachen dürften. Darüber hinaus seien wichtige existierende Umweltziele aus regionalen und internationalen Konventionen akzeptierte Good-Governance-Prinzipien (wie das Vorsorgeprinzip) durch die Umweltminister gestrichen oder ignoriert worden.

Die Umweltverbände zeigten sich darin einig, dass die Meeresstrategie-Richtlinie in der vorliegenden Form dem Verlust der marinen Biodiversität wenig entgegenzusetzen kann und als „Umweltsäule“ der zukünftigen EU-Politik unzulänglich ist.

### Hoffen auf das Parlament

Das EU-Parlament hatte sich in seiner ersten Lesung im November letzten Jahres noch für eine stärkere Richtlinie ausgesprochen. Im April 2007 wird das Parlament in zweiter Lesung über den vom Umweltministerrat geänderten Richtlinienentwurf abstimmen. (tf) ■

### • Weitere Informationen

WWF European Policy Office, Caroline Alibert, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 7400936  
eMail: calibert@wwfepo.org  
www.wwfepo.org

## Newsticker

### Richtlinie zur Kontrolle von EU-Häfen

Auf ihrer Ratstagung am 12. Dezember haben die EU-Verkehrsminister eine Einigung zum Richtlinienvorschlag ▼ zur besseren Kontrolle von EU-Häfen erzielt. Die EU-Kommission hatte in ihrem Entwurf zur Änderung der Richtlinie zur Hafentaatenkontrolle (95/21/EG) von 1995 eine Überprüfung von Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards für sämtliche Schiffe, die EU-Häfen anlaufen, vorgesehen. Bisher war das nur für 25 % der Schiffe vorgeschrieben. Die Verkehrsminister senkten die Quote allerdings auf 95 % für so genannte Hochrisikoschiffe und 90 % für alle anderen ab. Der Richtlinienentwurf steht nun im April zur ersten Lesung im EU-Parlament auf der Tagesordnung. (tf)

Quelle: www.consilium.europa.eu (2772. Tagung Verkehrsrat)

### Russland will mehr Öl über die Ostsee verschiffen

Russland will künftig mehr Öl mit Tankern über die Ostsee nach Europa transportieren. Grund seien die Probleme mit der Öllieferung aus Weißrussland. Demnach sollen die Umschlagkapazität des Ostseehafens Primorsk am Finnischen Meerbusen um fast 40 Prozent auf 120 Millionen gesteigert werden. Der WWF sieht darin ansteigendes Risiko für Tankerunfälle mit katastrophalen Folgen für die Meeresumwelt. Seit 1995 habe sich der Öltransport in der Ostsee auf heute 150 Millionen Tonnen versiebenfacht. Bis 2010 wird eine weitere Zunahme auf dann 190 Millionen Tonnen erwartet - durch die von Russland angekündigten Ausbau würden weitere 45 Millionen Tonnen dazu kommen. (tf)

● WWF-Ostseebüro, Stralsund, Tel. 03831 / 309294, stralsund@wwf.de

### Spanischer Wasserplan erhält EU-Finanzierung

Der nationale spanische Wasserplan erhält 1,2 Milliarden Euro von der EU. Dies entschied die EU-Kommission am 11. Januar. Somit ist die Finanzierung und die Umsetzung des Planes gesichert und ein vorläufiger Schlussstrich unter den jahrelangen Streit über die zukünftige Wasserpolitik in Spanien gezogen. Der aktuelle nationale Wasserplan ersetzte im Jahr 2004 den Wasserplan der damaligen konservativen Regierung, der internationale Proteste von Umweltschützern wegen seiner katastrophalen ökologischen Risi-

ken ausgelöst hatte. Der neue Wasserplan setzt zur Versorgung der trockenen Südregionen des Landes auf Entsalzung von Meerwasser, Einsparung und Wasseraufbereitung statt auf aufwändige Umleitung von Süßwasser aus dem regenreichen Nordspanien. (tf)

Quelle: ENDS Europe DAILY 11.01.07

### Besserer Schutz für Dorn- und Heringshai

Mitte Dezember 2006 haben sich die Mitgliedstaaten der EU in Brüssel mit großer Mehrheit auf die Aufnahme des Dorn- und Heringshais in die Liste des Washingtoner Artenschutzübereinkommens CITES geeinigt. Ein entsprechender Antrag soll auf der nächsten CITES-Vertragsstaatenkonferenz eingereicht werden. Dies bedeutet zwar kein Fangverbot, aber doch einen besseren Schutz der beiden in der Nord- und Ostsee beheimateten Haiarten. Ihre Population war in den letzten Jahrzehnten um fast 90 % geschrumpft. (tf)

Quellen: BMU, 22.12.06, WWF, 15.12.06

### Nachhaltiges Fischereimanagement im Mittelmeer

Die „Kommission für Fischerei im Mittelmeer“ (GFCM), eine Unterabteilung der Welternährungsbehörde FAO, hat auf ihrer Sitzung Mitte Januar in Rom Maßnahmen zur nachhaltigen Fischerei und Aquakultur im Mittelmeer beschlossen. Zentrale Punkte sind der Schutz von Fischressourcen, der Ausbau von „nachhaltigen Aquakulturen“, der Aufbau von Datenbanken und die Einführung von kooperativen Managementsystemen. Die beschlossenen Aktivitäten sollen die Maßnahmen der EU zur nachhaltigen Bewirtschaftung des Mittelmeers ergänzen, wie sie vom Fischereiministerrat im November 2006 und von der EU-Kommission im „Aktionsplan für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiresourcen im Mittelmeer“ im Jahr 2002 beschlossen wurden. (tf)

Quelle: EU-Kommission, GD Fischerei, Pressemitteilung vom 16.01.2007

■

## Veröffentlichungen/ Neu im Netz

### Dokumentation der DNR-EU-Konferenz „Verantwortung für die Zukunft“

Aus Anlass der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft 2007 hatte der Deutsche Naturschutzring (DNR) im vergangenen Oktober eine internationale Konferenz veranstaltet. „Verantwortung für die Zukunft - den deutschen Vorsitz in EU Rat und bei der G8 für die Umwelt nutzen“ lautete das Motto. Der Bundesumweltminister sowie Vertreter/innen der EU-Kommission, der Wirtschaft und der Umweltverbände diskutierten über Schwerpunkte und Ziele der deutschen Ratspräsidentschaft. Die deutschen Umweltverbände übergaben der Regierung ein Forderungspapier. Diskutiert wurden die Herausforderungen, die sich in den Politikfeldern Klima/Energie, Verkehr und Biodiversität für die deutsche Ratspräsidentschaft ergeben. Die Tagungsdokumentation ist jetzt erschienen. (tf)

Konferenzdokumentation „Verantwortung für die Zukunft“, Hrsg./Bezug: DNR (siehe S. 2), Download (PDF, 111 S., 1,9 MB): [www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Doku\\_DNR\\_Ratskonferenz\\_10\\_2006.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Doku_DNR_Ratskonferenz_10_2006.pdf)

### Kostenloser Schülerkalender zu Europa- und Umweltthemen

Die Stiftung Warentest und die Verbraucherzentralen bieten für das laufende Schuljahr einen Kalender für Schüler/innen an, der Informatives rund um Europa und Umwelt zu bieten hat. Dazu gibt es ein Begleitheft für Lehrkräfte. Themen sind Umwelt- und Verbraucherschutz, Konsumverhalten und Gesundheit. (jg)

Hrsg./Bezug: vzbv, Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin, Fax 030 / 25800212, [www.generation-europe.org/orderForm.asp?lgid=5&menuID=55](http://www.generation-europe.org/orderForm.asp?lgid=5&menuID=55)

### Die Mitarbeiter/innen der EU-Kommission stellen sich vor

Die Europäische Kommission hat eine neue Internetseite veröffentlicht, auf der die Bediensteten der Kommission sich und ihre Arbeit vorstellen. (jg)

[www.ec.europa.eu/civil\\_service/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/civil_service/index_de.htm)



## Ausschreibungen

### LIFE+ für NGOs: Frist bis 28.2., rechtliche Basis unklar

► Obwohl rechtlich noch nichts entschieden ist, hat die EU-Kommission einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für finanzielle Unterstützung europäischer Nichtregierungsorganisationen veröffentlicht. Die Frist läuft bis 28. Februar. Allerdings läuft die Ausschreibung vorbehaltlich der noch zu treffenden Entscheidungen, denn der Haushalt ist offiziell noch gar nicht verabschiedet. NGOs, die einen europäischen Umweltbezug haben und in mindestens drei EU-Mitgliedstaaten tätig sind, können in den folgenden Themenbereichen Unterstützung in Höhe von 70 Prozent des Gesamtbudgets erhalten:

- Klimawandel;
- Natur und Biodiversität;
- Umwelt und Gesundheit;
- Natürliche Ressourcen und Abfall;
- Horizontale und übergreifende Angelegenheiten;
- Umweltbildung
- EU-Erweiterung
- Drittstaaten.

(jg)

Ansprechpartner: EU-Kommission, Stefan Welin (englischsprachig), Brüssel, Tel. 0032 2 / 2966918  
Ausschreibungstext (Details beachten!): [www.ec.europa.eu/environment/funding/finansup.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/funding/finansup.htm)

### 7. EU-Forschungsrahmenprogramm auch mit Umweltthemen

► Der EU-Ministerrat hat am 18. Dezember das Siebte Forschungsrahmenprogramm (7. FRP) verabschiedet, das von 2007 bis 2013 läuft. Während der siebenjährigen Laufzeit steht dem 7. FRP ein Budget von 53,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist die bislang höchste Bereitstellung von Finanzmitteln für derartige Programme. Die Prioritäten sind:

- „Zusammenarbeit“,
- „Ideen“,
- „Menschen“,
- „Kapazitäten“ und
- „Nuklearforschung“.

Unter „Zusammenarbeit“ werden auch Umweltthemen wie Landwirtschaft/Fischerei, Verkehr, Energie, Klima- und Umweltschutz verstanden. (jg)

[www.ec.europa.eu/research/fp7/understanding](http://www.ec.europa.eu/research/fp7/understanding)

### Weitere Ausschreibungen

Weitere Ausschreibungen, z. B. Interessenbekundungen, mit Umweltthemen verwandte Bereiche etc.: [www.ec.europa.eu/environment/funding/intro\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/funding/intro_en.htm)

### Leitfaden „EU-Fonds für die Umwelt“

Beachten Sie hierzu auch unser neues EUR-Sonderheft I/2007 „EU-Fonds für die Umwelt“. Bezug: DNR Bonn (siehe S. 2), Download (PDF, 36 S., 470 kB): [www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur07-i.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur07-i.pdf)

### Internationaler Jugendfilmwettbewerb zum Thema Klimawandel, Frist 1.4.

► Anlässlich des internationalen Umweltas am 5. Juni 2007 und des Internationalen Polarjahres legt das Nordische Jugend-Film-Festival (NUFF) vom 2.-10. Juni 2007 im norwegischen Tromsø seinen Schwerpunkt auf das Thema Klimawandel. In Zusammenarbeit mit der Stiftung „Minor Foundation For Mayor Challenges“ in Oslo, dem Norwegischen Polarinstitut in Tromsø und dem CICERO-Zentrum für Klimafor-schung in Oslo schreibt NUFF einen internationalen Jugendfilmwettbewerb aus. Die eingereichten Filme dürfen nicht älter als fünf Jahre und maximal 15 Minuten lang sein. Alle Genres sind zugelassen. Die Teilnahme ist auf die Altersgruppe 18 bis 30 Jahre beschränkt. Einreichfrist ist der 1. April 2007. (jg)

[www.nuffglobal.net](http://www.nuffglobal.net)



**Termine**

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an juliane.gruening@dnr.de mailen.

Diese (und weitere) Termine im Internet: [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (aktueller und oft auch ausführlicher)

Andere Terminseiten im Internet: [www.dnr.de/terminlinks](http://www.dnr.de/terminlinks) (siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

12.-14.2., Berlin

**Time to Adapt - Cimate Change and the European Water Dimension**

Bundesumweltministerium, Carolin Wolf  
Tel. 030 / 86880-0, Fax -200  
[climate-water-adaption-berlin2007.org](http://climate-water-adaption-berlin2007.org)

16.2., Berlin

**Blind Spots of Global Climate Governance**

Int. Konferenz; FU Berlin, Achim Brunnengräber  
Tel. 030 / 838707-08, Fax -18  
[projekt@globalgovernance.de](mailto:projekt@globalgovernance.de)  
[www.globalgovernance.de](http://www.globalgovernance.de)

20.2., Berlin

**EU-Fonds für die Umwelt: Fördermöglichkeiten für NGOs**

DNR EU-Koordination, Bjela Vossen  
Tel. 030 / 443391-85, Fax -80  
[bjela.vossen@dnr.de](mailto:bjela.vossen@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

23./24.4., Maastricht

**DustConf2007 - How to improve air quality**

Umweltbundesamt und Agrarministerium der Niederlande  
[info@dustconf.com](mailto:info@dustconf.com)  
[www.dustconf.com](http://www.dustconf.com)

12.-15.7., München

**Velo-city 2007 - From Vision to Reality**

Tagung; BMVBS, European Cyclists Federation  
Kaulen Planning Office, Aachen  
Tel. 0241 / 334-44, Fax -45  
[info@velo-city2007.com](mailto:info@velo-city2007.com)  
[www.velo-city2007.com](http://www.velo-city2007.com)  
(fh) ■

**Sonderhefte zum EU-Rundschreiben**

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB): [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“) oder [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Publikationen“)

<b>Titel/Thema</b>	<b>Ausgabe</b>
EU-Fonds für die Umwelt: Ein kritischer Leitfaden	I/2007
Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft/10 Grüne Prüfsteine	Extra
Umsetzung von EU-Umweltrecht (in Vorbereitung)	11./12.06
Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

## EU-Sitzungstermine

### Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)

#### Deutsche Ratspräsidentschaft 1. Halbjahr 2007 (1.1.-30.6.)

##### Januar

15./16.**	Inneres/Justiz
18.-20.**	Soziales
22./23.	Außenminister
29./30.	Landwirtschaft/Fischerei
30.	Wirtschaft/Finanzen

##### Februar

12./13.**	Kultur/Medien
12./13.	Außenminister
15.	Verkehr/Telekommunikation/Energie
15./16.	Inneres/Justiz
16.	Bildung/Jugend/Kultur
19.	Wettbewerb
20.	Umwelt
22.	Soziales/Gesundheit
26./27.	Landwirtschaft/Fischerei
27.	Wirtschaft/Finanzen

##### März

1./2.**	Verteidigung
1./2.	Bildung/Jugend/Kultur
5./6.	Außenminister
12./13.**	Entwicklung
19./20.	Landwirtschaft/Fischerei
22./23.	Verkehr/Telekommunikation/Energie
27.	Wirtschaft/Finanzen

##### April

16./17.*	Landwirtschaft/Fischerei
19./20.*	Inneres/Justiz
19./20.**	Gesundheit
20./21.	Wirtschaft/Finanzen
23./24.*	Außenminister
26.-28.**	Wettbewerb

##### Mai

7./8.	Landwirtschaft/Fischerei
8.	Wirtschaft/Finanzen
14./15.	Außenminister
15./16.**	Familie/Gleichstellung
20.-22.**	Landwirtschaft/Fischerei
21./22.	Wettbewerb
23.-25.**	Stadtentwicklung
24./25.	Bildung/Jugend/Kultur
30./31.	Soziales/Gesundheit

##### Juni

1.-3.**	Umwelt
5.*	Wirtschaft/Finanzen
7./8.*	Verkehr/Telekommunikation/Energie
11./12.*	Landwirtschaft/Fischerei
12./13.*	Inneres/Justiz
18./19.*	Außenminister
28.*	Umwelt

\* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

\*\* informell

#### Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

15.-18.1., 31.1./1.2.\*

12.-15.2.

12.-15.3., 28./29.3.\*

23.-26.4.

9./10.5.\*, 21.-24.5.

6./7.6.\*, 18.-21.6.

\* in Brüssel (sonst in Straßburg)

#### Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments

Januar: 22. n, 23. v+n, 30. v+n

Februar: 26. n, 27. v+n, 28. v

März: 21. n, 22. v+n, 27. v+n\*

April: 10. n, 11. v+n

Mai: 2. n\*, 3. v\*, 7. n, 8. v+n

Juni: 4. n, 5. v, 25. n, 26. v+n, 27. v

Juli: 16. n, 17. v

September: 11. n, 12. v+n, 13. v

Oktober: 2. v+n\*, 3. v\*, 8. n, 9. v+n

November: 21. n, 22. v+n, 26. n, 27. v

Dezember: 19. v+n

v = vormittags 9-12.30 Uhr

n = nachmittags 15-18.30 Uhr

\* = vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.

\* vorbehaltlicher Termin

(nt, mb) ■

#### • Weitere Informationen

[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):

[www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau](http://www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau)

Deutsche Ratspräsidentschaft (1.1.-30.6. 2007):

[www.eu2007.de](http://www.eu2007.de)

[www.eu-praesidentschaft.de](http://www.eu-praesidentschaft.de)

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen: DNR, EU-Koordination, Ulrike Tröger, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin Tel. 030 / 443391-38, Fax -80 eMail: [ulrike.troeger@dnr.de](mailto:ulrike.troeger@dnr.de) [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments: [www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE](http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE)

Quelle Umweltausschuss-Sitzungen: [www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi\\_meeting\\_dates\\_2007.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2007.pdf)

## Weiterführende Informationen

### Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

### EU-Rundschreiben-Archiv im Internet und weitere DNR-Angebote

Siehe Innen-Umschlagseite hinten.

### Kostenlose Beantwortung von Fragen zur EU

Europe Direct, der kostenlose Informationsdienst der Europäischen Kommission, beantwortet Fragen zu EU-Themen schnell und kompetent in deutscher Sprache. Tel. 00800 / 6 7 8 9 10 11

eMail-Formular:

<http://europedirect-cc.cec.eu.int/websubmit/?lang=de>

### Laufende Gesetzgebungsverfahren

Aufstellung aller umweltrelevanten legislativen Dokumente („Vorschläge“ und „Mitteilungen“) der EU-Kommission, die sich gerade im Entscheidungsprozess ▼ befinden:

[www.ec.europa.eu/environment/docum](http://www.ec.europa.eu/environment/docum)

Etappen und aktueller Stand jedes Gesetzgebungsprozesses ▼ in einer zeitlichen Übersicht:

[www.ec.europa.eu/prelex](http://www.ec.europa.eu/prelex)

### Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge ▼ der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahrganges und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissions-Vorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993.

Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer.

Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahr 1985 veröffentlicht wurde.

### Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet:

[www.eur-lex.europa.eu/RECH\\_naturel.do](http://www.eur-lex.europa.eu/RECH_naturel.do)

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln

Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278

eMail: [vertrieb@bundesanzeiger.de](mailto:vertrieb@bundesanzeiger.de)

## EU-Institutionen, Adressen

### Internetadressen der EU-Institutionen

[www.europa.eu](http://www.europa.eu) (vieles auch deutsch)

EU-ABC:

[www.europa.eu/abc/index\\_de.htm](http://www.europa.eu/abc/index_de.htm)

### Einführung EU-Umweltpolitik

[www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html](http://www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html)

### Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel

Tel. 0032 2 / 299-1111

#### Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222

[www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

#### Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:

Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

### Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933

[www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

#### Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

### Rat der Europäischen Union (Ministerrat)

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel

Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381

(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.].

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

### Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

### Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel

Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

### Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):

Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

### Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2381-811, Fax -978

### Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen

Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199

[www.eea.europa.eu](http://www.eea.europa.eu)

## Europäische Verträge

### Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

### Europäische Union - EU

Durch den Maastrichter Vertrag 1992/93 begründet, durch den Amsterdamer Vertrag 1996/97 und den Vertrag von Nizza 2001 weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS; „3. Säule“).

Kompaktdarstellung - Entstehung, Struktur und Verträge der EU:

[www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe](http://www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe)

## EU-Rechtsakte

### Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

### Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

### Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

Die wichtigsten Teile des geltenden EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge ▼ etc.) sind im Internet veröffentlicht:

[www.europa.eu/eur-lex](http://www.europa.eu/eur-lex)

(mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen:

[www.europa.eu/scadplus](http://www.europa.eu/scadplus)

Weitere Informationen auf unserer Seite [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (Brüsseler 1×1)

## Wie Gesetze in der EU entstehen

### Rechtsgrundlage

Jedes Gesetz braucht eine so genannte Rechtsgrundlage. Diese ermächtigt den Gesetzgeber dazu, ein Gesetz zu erlassen, und legt zudem meist das Verfahren fest. Im Europäischen Recht bildet der Artikel 175 des EG-Vertrages diese Rechtsgrundlage. Er ermächtigt dazu, auf dem Gebiet des Umweltschutzes Richtlinien<sup>1</sup> und Verordnungen<sup>2</sup> zu erlassen. Gleichzeitig bestimmt er, nach welchem Verfahren zu entscheiden ist. Hierbei gibt es das Anhörungs- und das Mitentscheidungsverfahren.

### Anhörungsverfahren

Beim Anhörungsverfahren hat das Europäische Parlament nur wenig Einfluss: Die Europäische Kommission legt ihren Gesetzesentwurf dem Ministerrat<sup>3</sup> vor. Zwar fordert der Rat das Europäische Parlament auf, eine Stellungnahme abzugeben. Er entscheidet jedoch frei - also ohne an die Stellungnahme des Parlaments gebunden zu sein. Allerdings ist im Anhörungsverfahren bei vielen Themen ein einstimmiges Votum des Ministerrates erforderlich.

Im Umweltbereich findet das Anhörungsverfahren eher selten und vor allem in folgenden Fällen Anwendung: Umweltvorschriften mit überwiegend steuerlichem Charakter, Maßnahmen im Bereich der Raumordnung, der Bodennutzung und der Bewirtschaftung von Wasserressourcen sowie solche Maßnahmen, die die Wahl der Mitgliedstaaten zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur der Energieversorgung betreffen.

### Mitentscheidungsverfahren

Beim Mitentscheidungsverfahren hat dagegen das Europäische Parlament großen Einfluss, denn es entscheidet in der Tat mit. Im Umweltbereich ist es das häufigste und deshalb das wichtigste Verfahren. Es läuft folgendermaßen ab (siehe auch Diagramm auf der folgenden Seite):

◆ Die Europäische Kommission legt dem Ministerrat und dem Parlament einen Vorschlag für einen Rechtsakt vor.

◆ Das Europäische Parlament berät in erster Lesung über diesen Vorschlag und übermittelt seine Stellungnahme dem Ministerrat.

◆ Der Ministerrat entscheidet dann mit qualifizierter Mehrheit. Das bedeutet: Jeder Mitgliedstaat hat je nach Größe eine bestimmte Stimmzahl. Für eine qualifizierte Mehrheit sind nach dem EG-Vertrag zurzeit 62 von 87 Stimmen (ca. 71 %) erforderlich.

Stimmt der Ministerrat mit dem Votum des Parlaments zu hundert Prozent überein, dann erlässt er den Rechtsakt in Übereinstimmung mit dem Europäischen Parlament. In diesem Fall ist das Gesetzgebungsverfahren beendet.

In der Regel kommt der Ministerrat jedoch zu einem Ergebnis, das mehr oder weniger von der Stellungnahme des Parlaments abweicht. Er legt dann einen so genannten Gemeinsamen Standpunkt fest. Als Grundlage dienen dabei der Kommissionsvorschlag, die Stellungnahme des Parlaments sowie die eigene Überzeugung des Ministerrates.

◆ Das Europäische Parlament behandelt diesen Gemeinsamen Standpunkt in einer zweiten Lesung. Dabei gibt es drei Möglichkeiten:

1. Es lehnt den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats ab. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Das Parlament stimmt dem Gemeinsamen Standpunkt zu. Dann entscheidet der Ministerrat ebenfalls erneut in einer zweiten Lesung. In diesem Fall kann der Rat den Rechtsakt im Einklang mit dem Parlament erlassen. Das Verfahren ist somit positiv beendet.

3. Das Parlament ändert den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats. In diesem Fall hat der Rat zwei Möglichkeiten:  
- Er akzeptiert die Änderungen des Parlaments, verabschiedet den geänderten Text als Gesetz und beendet somit das Verfahren.  
- Er überweist den geänderten Text an den Vermittlungsausschuss.

◆ Im Vermittlungsausschuss gibt es wiederum zwei Möglichkeiten:

1. Das Vermittlungsverfahren kommt zu keinem Ergebnis. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Der Vermittlungsausschuss legt einen Gemeinsamen Entwurf des Parlaments und des Rates vor. Stimmen das Europäische Parlament mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen und der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit dem Gemeinsamen Entwurf zu, dann ist der Rechtsakt angenommen. Lehnt jedoch eines der beiden Organe den Entwurf ab, so ist er endgültig gescheitert. ■

Quellen: Brüsseler 1×1, EU-Umwelthandbuch<sup>4</sup>

### • Weitere Informationen

„Brüsseler 1×1 - Wie funktioniert die EU?“, Berlin 2005, 88 S., kostenlos; PDF-Download (430 kB): [www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Bruesseler1x1.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Bruesseler1x1.pdf)

„Rat und Tat in Brüssel - Alles über den Rat der Europäischen Union“, Berlin 2006, 52 S., kostenlos; PDF-Download (430 kB): [www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0608-09-sh.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0608-09-sh.pdf)

Hrsg./Bezug Printausgabe (kostenlos): DNR, EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
eMail: [eu-info@dnr.de](mailto:eu-info@dnr.de)

1 Richtlinie: Rahmengesetz; muss durch nationale Gesetze in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

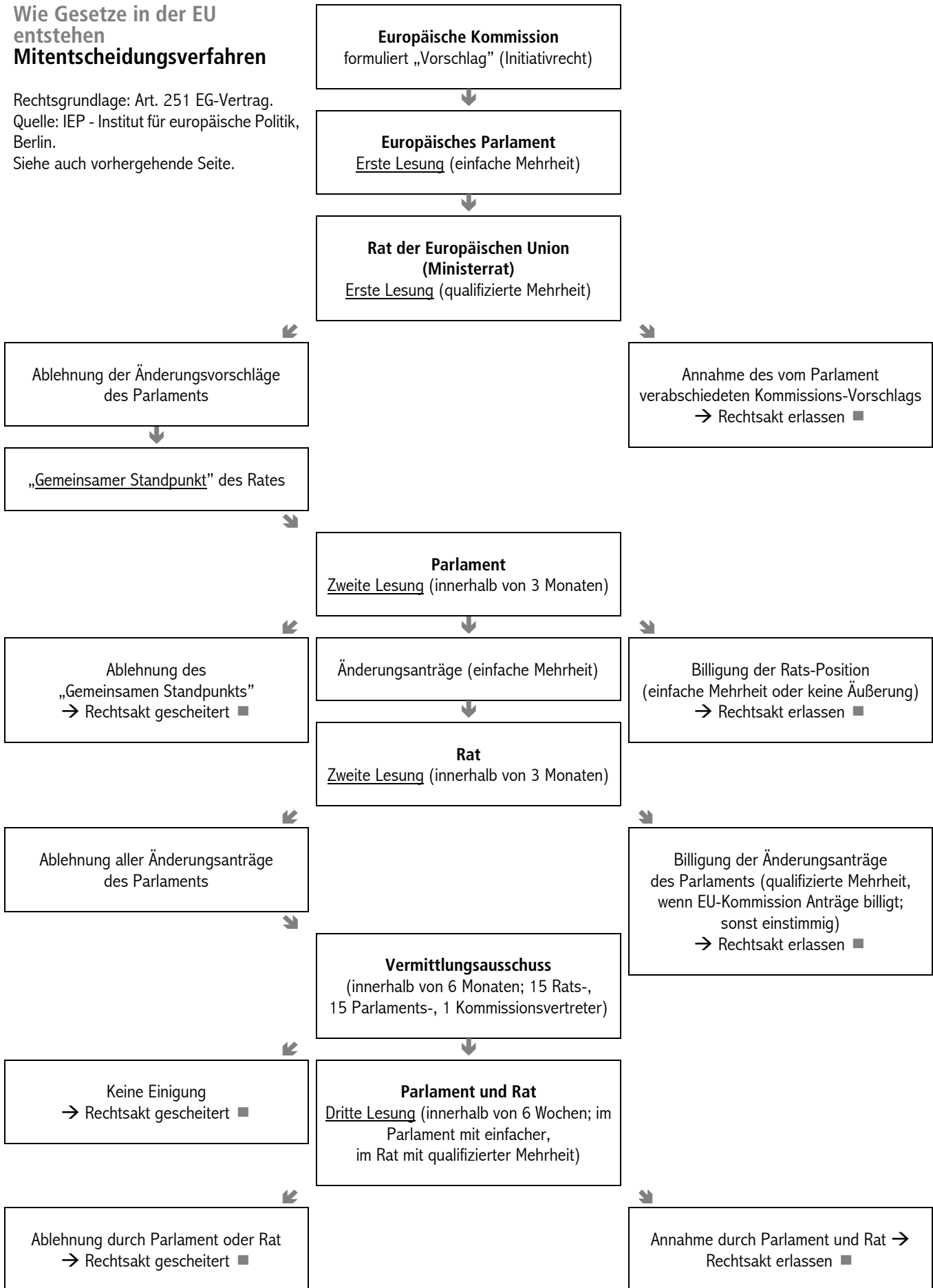
2 Verordnung: Unmittelbar wirksamer Rechtsakt, gilt sofort in allen EU-Mitgliedstaaten.

3 Rat der Europäischen Union (Ministerrat): Besteht bei Umweltangelegenheiten in der Regel aus den Umweltminister/innen der EU-Mitgliedstaaten. ●

4 Hiltrud Breyer: „Keine Angst vor Brüssel - EU-Umwelthandbuch, Brüssel 2003, 100 S., kostenlos; PDF-Download (1,7 MB): [www.hiltrud-breyer.de/downloads/Umwelthandbuch\\_digital.pdf](http://www.hiltrud-breyer.de/downloads/Umwelthandbuch_digital.pdf)

**Wie Gesetze in der EU entstehen**  
**Mitentscheidungsverfahren**

Rechtsgrundlage: Art. 251 EG-Vertrag.  
 Quelle: IEP - Institut für europäische Politik, Berlin.  
 Siehe auch vorhergehende Seite.



## Das Europäische Umweltbüro (EEB)

### Der Dachverband der europäischen Umweltverbände

Das EEB ist der Dachverband von über 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern, den Beitrittskandidaten, einigen der potentiellen Bewerber und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB mehr als 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Bewerber- und Nachbarstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expertinnen und -Experten geleitet (siehe Tabelle).

### Das EEB arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen („article 6 watch“<sup>1</sup>)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Pro-

<sup>1</sup> Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

<sup>2</sup> „Clean air for Europe“

- gramm, aktuelle Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von Natura 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung - SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau des Zero-Mercury-Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Biotreibstoffe; Thematische Strategie für Bodenschutz)
- Abfall (Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus (Arbeitsgruppe in Gründung)

Außerdem arbeitet das EEB zur:

- IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control),
- Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen,
- Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung,
- EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung,
- Standardisierung des europäischen Gütesiegels,
- Umwelthaftung,
- EU-Erweiterung
- Verbesserung der Umsetzung und Einhaltung der EU-Umweltgesetzgebung.

### • Weitere Informationen

European Environmental Bureau (EEB)  
Boulevard de Waterloo 34, B-1000  
Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: [eeb@eeb.org](mailto:eeb@eeb.org)  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	<a href="mailto:hontelez@eeb.org">hontelez@eeb.org</a>
Ursula Vavrik (d)	Landwirtschaft, Gentechnik (Geschäftsführerin)	<a href="mailto:ursula.vavrik@eeb.org">ursula.vavrik@eeb.org</a>
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	<a href="mailto:info@eeb.org">info@eeb.org</a>
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	<a href="mailto:caroline.bretelle@eeb.org">caroline.bretelle@eeb.org</a>
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	<a href="mailto:pendo.maro@eeb.org">pendo.maro@eeb.org</a>
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	<a href="mailto:mara.silina@eeb.org">mara.silina@eeb.org</a>
Pieter de Pous (d)	Biodiversität, Wasser (EU-Politikreferent)	<a href="mailto:pieter.depous@eeb.org">pieter.depous@eeb.org</a>
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	<a href="mailto:mecki.naschke@eeb.org">mecki.naschke@eeb.org</a>
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	<a href="mailto:anja.leetz@eeb.org">anja.leetz@eeb.org</a>
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	<a href="mailto:kerstin.meyer@eeb.org">kerstin.meyer@eeb.org</a>
Doreen Fedrigo	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	<a href="mailto:doreen.fedrigo@eeb.org">doreen.fedrigo@eeb.org</a>
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	<a href="mailto:elena.lymberidi@eeb.org">elena.lymberidi@eeb.org</a>

(d) = deutschsprachig

## Verweise auf frühere Ausgaben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 06.05“ als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2005. Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechte Spalte) sind ähnlich gehalten, z. B. „siehe DRB 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

## Unsere weiteren Periodika

### Deutschland-Rundbrief, Forum Umwelt und Entwicklung Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR. Mehr zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Wir senden gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe) [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb)

## Unser Internet-Angebot

### [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

...heißt die Internetseite der EU-Koordination des DNR. Unter „Publikationen“ finden Sie hier die älteren EUR-Ausgaben ab 2003 sowie alle Sonderhefte zum kostenlosen Download als PDF-Dateien. Hinzu kommen gut recherchierte Themenseiten sowie Informationen über Expert/innen, Publikationen und Termine. Ein „Brüsseler 1×1“ macht die Strukturen und Verfahren der EU verständlich und gibt Tipps zum Einmischen für Umweltverbände. Neu sind die täglichen EU-News.

### [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

Hier finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als PDF-Dateien
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

## Unser eMail-Service

### Neu: Newsletter zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007

Wir informieren Sie täglich über aktuelle umweltpolitische Ereignisse in Brüssel und Berlin. Newsletter bestellen oder EU-News online lesen: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### Hintergrundinformationen zu den EU-Ratstagungen

Mit kurzen Hintergrundinformationen informieren wir über Umweltthemen auf den Tagesordnungen der EU-Ministerratssitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Abonnent/innen und DNR-Mitglieder können kostenlos bestellen bei: [ulrike.troeger@dnr.de](mailto:ulrike.troeger@dnr.de)

### Weitere EU-Umweltpolitik-Newsletter

[www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo) („Mailinglisten/Webseiten“ - „EU-Politik“)

### Info-Service zu allen Umweltthemen

An Abonnent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Verbänden mailen wir kostenlos aktuelle Nachrichten zur EU-Umweltpolitik und vielen weiteren Themen. Die Themen können Sie selbst auswählen: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

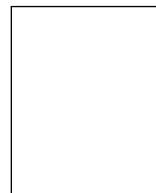
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut: \_\_\_\_\_ Bankleitzahl: \_\_\_\_\_  
Kontonummer: \_\_\_\_\_
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion EU-Rundschreiben  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin